

Europa 2020: Weichenstellung für den Aufbruch in eine gerechtere Gesellschaft und bessere Zukunft?

RESÜMEE
der Tagung vom
Freitag, 26. Februar 2010
Renner-Institut

verfasst von
GERHARD MARCHL

herausgegeben von
BRIGITTE MARCHER

Auf EU-Ebene wie auf nationaler Ebene ist mit Ende November 2009 die Diskussion um die Nachfolge der „Lissabon-Strategie“ für die Zeit nach 2010 voll angelaufen. Dabei geht es *einerseits* um Bilanzierung des Nutzens der bisherigen Strategie. Und *andererseits* darum, jene Elemente zu identifizieren, die die **neue Strategie**, die sogenannte „Europa 2020“-Strategie, braucht, um die vor uns liegenden großen **strukturellen Herausforderungen** in der kommenden Dekade zu meistern. Diesbezüglich nennt der Europäische Rat vom Dezember 2009 in seinen Schlussfolgerungen: Sicherstellung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen bei gleichzeitiger Wahrung von Investitionen und Sozialschutz; Schaffung von integrativen und effizienten Arbeitsmärkten; Ausbau des Binnenmarkts; Nutzung der wechselseitigen Vorteile von Außenhandel und Öffnung in vollem Umfang; Nutzung der Vorteile einer „grüneren“ Wirtschaft; Verbesserung des Wirtschaftsklimas; Verbesserung der Wissensbasis der Volkswirtschaften unter Einschluss von Forschung und Innovation. Nicht zuletzt will der Europäische Rat auch, dass Überlegungen zur Optimierung der Methodik des Steuerungsprozesses (- „Governance“ -) der neuen Strategie angestellt werden. Dazu zählt er u.a. die Verbesserung der Koordinierung von Wirtschaftspolitiken und die Stärkung der nationalen Eigenverantwortung über eine aktivere Einbeziehung der Sozialpartner wie auch der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften. Jedenfalls sollen bis Mitte März 2010, dem nächsten Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs der EU, die Elemente der neuen „Europa 2020“-Strategie festgelegt werden. Wobei offen bleibt, wie sich ein Europa des sozialen Fortschritts sicherstellen lässt, zumal die EU ja nur als soziale Marktwirtschaft erfolgreich sein kann.

Vor dem Hintergrund dieser projektierten Weichenstellung mit Kurs auf Transformation der Gesellschaften der EU-Mitgliedstaaten verstand sich die Tagung als offenes „Europäisches Forum für Bürgerinnen und Bürger“ und lud Interessierte zu kritischer Reflexion und engagierter Diskussion ein.

Die Veranstaltung war eine Kooperation des Renner-Instituts mit dem Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM).

REFERENTINNEN (in der Reihenfolge ihres Auftretens bei der Veranstaltung):

JÖRG LEICHTFRIED, MEP (S&D), Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr, Delegationsleiter der SPÖ-MEPs

STEFAN COLLIGNON, Professor für Europäische Wirtschaftspolitik an der Sant' Anna School of Advanced Studies, Pisa; Gastprofessor am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz

HEINZ ZOUREK, GD in der Generaldirektion für Industrie und Unternehmen, Europäische Kommission; Brüssel

EVELYNE GEBHARDT, MEP (S&D/DE), Koordinatorin der Sozialdemokratischen Fraktion im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz; federführende Berichterstatteerin des Europäischen Parlaments für die europäische Dienstleistungsrichtlinie

WOLFGANG GREIF, für den ÖGB Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA, einem beratenden Organ der Europäischen Kommission in Brüssel), Leiter der Abteilung Europa, Konzerne und Internationale Beziehungen der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp); Wien

WOLFGANG ANZENGRUBER, Vorsitzender des Vorstands des Verbunds (Österreichische Elektrizitätswirtschafts-AG); Verbund koordiniert die überregionale Plattform „Austrian Mobile Power“ (Elektromobilität); Wien

KLAUS GRETSCHMANN, Univ.-Prof., GD im Generalsekretariat des Rats der EU mit Zuständigkeit für Wettbewerb, Binnenmarkt, Industriepolitik, Telekommunikation und Informationsgesellschaft, Energie-, Verkehrs- und Forschungspolitik; Brüssel

JOSEF WEIDENHOLZER, MEP (S&D), Univ. Prof.; Präsident der Volkshilfe und von SOLIDAR; Linz

Moderatorinnen:

MARGIT SCHRATZENSTALLER, Referentin für Öffentliche Finanzen am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) mit Forschungsschwerpunkten (europäische) Steuer- und Budgetpolitik; Wien

CHRISTA PEUTL, Stv. Leiterin der Sektion für Koordination im Bundeskanzleramt, Wien

MARGARETHA KOPEINIG, Ressortleiterin Europa im KURIER, Wien

RÜCKMELDUNGEN/ NÄHERE INFORMATION:

DR. BRIGITTE MARCHER, Renner-Institut, Bereich Europäische Politik
T 01-804 65 01 DW 24; F 01-804 08 74; marcher@renner-institut.at

Europa 2020:

Weichenstellung für den Aufbruch in eine gerechtere Gesellschaft und bessere Zukunft?

Was muss die neue Reform-Strategie der Europäischen Union für das kommende Jahrzehnt leisten, wenn der Aufbruch in eine gerechtere Gesellschaft und bessere Zukunft gelingen soll?

Auf EU-Ebene wie auf nationaler Ebene ist mit Ende November 2009 die Diskussion um die Nachfolge der „Lissabon-Strategie“¹ für die Zeit nach 2010 voll angelaufen. Dabei geht es *einerseits* um Bilanzierung des Nutzens der bisherigen Strategie. Und *andererseits* darum, jene Elemente zu identifizieren, die die **n e u e** Strategie, die sogenannte „Europa 2020“-Strategie, braucht, um die vor uns liegenden großen strukturellen **H e r a u s f o r d e r u n g e n** in der kommenden Dekade zu meistern. Diesbezüglich nennt der Europäische Rat vom Dezember 2009 in seinen Schlussfolgerungen: Sicherstellung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen bei gleichzeitiger Wahrung von Investitionen und Sozialschutz; Schaffung von integrativen und effizienten Arbeitsmärkten; Ausbau des Binnenmarkts; Nutzung der wechselseitigen Vorteile von Außenhandel und Öffnung in vollem Umfang; Nutzung der Vorteile einer „grüneren“ Wirtschaft; Verbesserung des Wirtschaftsklimas; Verbesserung der Wissensbasis der Volkswirtschaften unter Einschluss von Forschung und Innovation. Nicht zuletzt will der Europäische Rat auch, dass Überlegungen zur Optimierung der Methodik des Steuerungsprozesses (- „Governance“ -) der neuen Strategie angestellt werden. Dazu zählt er u.a. die Verbesserung der Koordinierung von Wirtschaftspolitiken und die Stärkung der nationalen Eigenverantwortung über eine aktivere Einbeziehung der Sozialpartner wie auch der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften. Jedenfalls sollen bis Mitte März 2010, dem nächsten Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs der EU, die Elemente der neuen „Europa 2020“-Strategie festgelegt werden. Wobei offen bleibt, wie sich ein Europa des sozialen Fortschritts sicherstellen lässt, zumal die EU ja nur als soziale Marktwirtschaft erfolgreich sein kann.

Vor dem Hintergrund dieser projektierten Weichenstellung mit Kurs auf Transformation der Gesellschaften der EU verstand sich die Tagung als offenes „Europäisches Forum für Bürgerinnen und Bürger“ und lud Interessierte zu kritischer Reflexion und engagierter Diskussion ein.

Ausblick auf die nachfolgend geplanten nächsten Schritte der Europa 2020-Strategie

25.-26. März 2010: Beim EU-Frühjahrgipfel soll(t)en das Gesamtkonzept Europa 2020 abgesegnet und die EU-Kernziele ausgewählt werden.

17.-18. Juni 2010: Beim EU-Gipfel sollen die wichtigsten Parameter von Europa 2020 (EU-Zielvorgaben; nationale Ziele, Leitinitiativen) festgelegt werden.

Herbst 2010: Die Mitgliedstaaten sollen ihre Stabilitäts- und Konvergenzprogramme sowie ihre Nationalen Reformprogramme vorlegen.

Frühjahr 2011: Die EU-Kommission soll zum EU-Frühjahrgipfel ihren ersten Jahresbericht zu Europa 2020 vorlegen.

2012/2014: Es soll eine Zwischenbilanz zur Strategie Europa 2020 gezogen werden.

¹ Siehe Kurzbeschreibung der Lissabon-Strategie (für Wachstum und Beschäftigung von 2000-2010) im Anhang dieses Resümees oder folgenden Link: http://europa.eu/scadplus/glossary/lisbon_strategy_de.htm

BRIGITTE MARCHER (Renner-Institut, Bereich Europäische Politik) begrüßte die TeilnehmerInnen und das Publikum der Veranstaltung. Sie betonte den offenen Charakter der Reihe *Europäisches BürgerInnen-Forum*.

EINFÜHRUNG IN DAS THEMA:

JÖRG LEICHTFRIED, MEP (S&D) Delegationsleiter der SPÖ-MEPs und Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr, zeigte sich erfreut, dass im Rahmen einer solchen Veranstaltung in Österreich über die Reform-Strategie diskutiert werde. Die zentrale Frage sei, was die geplanten Weichenstellungen bedinge und welche Ziele formuliert würden.

Die EU, so LEICHTFRIED, sei definitiv eine Demokratie, auch wenn sie anders funktioniere als ein demokratischer Staat wie Österreich und nicht auf Gewaltenteilung beruhe. Stattdessen gebe es mit dem Rat, dem Europäischen Parlament und der Kommission drei Spieler, die zueinander in unterschiedlichen und wechselnden Machtverhältnissen stünden und über ebenso veränderliche Kompetenzen und Einflusssphären verfügten. Dies mache die EU insgesamt unübersichtlich.

Damit in Zusammenhang stehe die unbefriedigende Situation, dass den meisten ÖsterreicherInnen, ja sogar manchen Eliten in Politik und Medienlandschaft, nicht bekannt sei, was in der EU geschehe. Dies stehe ganz im Widerspruch zur Tatsache, dass mittlerweile 65 bis 80% jener politischen Entscheidungen, die das Leben der BürgerInnen direkt betreffen, in Brüssel fielen. Die Kompetenzen der EU seien nämlich bereits nahezu allumfassend, so dass sie auch Bereiche wie Asyl und Steuern mit beeinflussen könne. Diese Kombination aus gewaltigen Entscheidungskompetenzen und mangelndem Wissen und Interesse an der EU führe zu einer undemokratischen Situation. Die BürgerInnen, die bei den Wahlen zum Europäischen Parlament entscheiden sollen, täten dies nicht, und sie könnten es aufgrund der mangelnden Berichterstattung auch nicht.

Mit dem Vertrag von Lissabon, so der Europaabgeordnete weiter, sei die Entscheidungsgewalt der Mitgliedstaaten weiter eingeschränkt worden, wie sich beim SWIFT-Abkommen² bereits gezeigt habe. Er erinnerte daran, dass dieses Abkommen von der Kommission ausverhandelt, vom Rat abgeschlossen und nun vom Europäischen Parlament aufgehoben wurde. Dies zeige, so LEICHTFRIED, dass die Öffentlichkeit der europäischen Ebene mehr Aufmerksamkeit schenken müsste. Und es sei anzuerkennen, dass die EU große Chancen für Weichenstellungen in eine bessere Zukunft biete. Es gelte, die Lebenssituation der Menschen nicht nur zu bewahren, sondern zu verbessern.

LEICHTFRIED skizzierte dann fünf Punkte, die er als Gradmesser für seine politische Tätigkeit bezeichnete:

1. Junge Menschen sollen die bestmögliche Ausbildung erhalten, unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern.
2. Reichtum und Vermögen sollen gerecht verteilt werden, so dass auch unselbständige Arbeitskräfte daran teilhaben können.
3. Kranke sollen die bestmögliche Gesundheitsversorgung erhalten, unabhängig vom Wohnort und der Einkommenssituation.
4. Auch jene, die nicht arbeiten, sollen ein würdiges Leben führen können.
5. PensionistInnen sollen abgesichert leben können.

² Das SWIFT-Abkommen zwischen der EU und den USA sollte den Zugriff US-amerikanischer Behörden auf die Daten der SWIFT (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication) regeln. Ziel war es, als Maßnahme der Terrorbekämpfung die Übermittlung von persönlichen Bankdaten an die USA zu gestatten. Das Abkommen wurde zwar am 30. November 2009 von den EU-Innenministern gebilligt, jedoch am 11. Februar 2010 mit 378 gegen 196 Stimmen vom Europäischen Parlament abgelehnt.

Die Frage sei jedoch, wie diese Vorhaben umgesetzt werden können, zumal politische Entscheidungen oft an internationalen wirtschaftlichen Verflechtungen zerschellen. Gerade die einzelstaatliche Politik habe es schwer, sich durchzusetzen. In diesem Kontext zitierte LEICHTFRIED den luxemburgischen Regierungschef Jean-Claude Juncker, wonach es zwei Arten von Staaten in Europa gebe: Einerseits kleine und andererseits jene, die wüssten, dass sie klein sind. Österreich, das beispielsweise keine Produkte aus Kinderarbeit wolle, könne sich allein in der WTO oder der Doha-Runde kein Gehör verschaffen. Allein sei auch kein stabiles Währungsumfeld zu erreichen. Österreich sei aber nicht allein, sondern Bestandteil der Europäischen Union, der stärksten Wirtschaftsmacht, der reichsten Macht mit 500 Millionen Einwohnern. Diese EU, erinnerte LEICHTFRIED noch einmal, sei eine Demokratie, mit offenen Wahlen.

LEICHTFRIED kam dann auch auf die aktuelle Wirtschaftskrise zu sprechen. Derzeit, so sein Befund, seien nicht die nötigen Lehren gezogen worden. Nach wie vor gebe es keine Kontrolle der Finanzmärkte, neue Blasen würden entstehen. Das liege daran, dass derzeit die politischen Mehrheiten in eine neoliberale Richtung gingen. Die Sozialdemokraten als zweitstärkste Fraktion hätten nicht die Kraft, die Richtung umzudrehen, allerdings immerhin die Möglichkeit, die Dinge zu beeinflussen.

Abschließend bemerkte LEICHTFRIED erneut, dass die wichtigen Entscheidungen in Brüssel und in Strassburg im Europäischen Parlament fielen. Deshalb seien die Wahlen zum Europaparlament sehr bedeutsam.

Im Zuge der **Fragen aus dem Publikum** wurden folgende Themen zur Sprache gebracht.

Zum seinerzeit nicht umgesetzten Vorschlag des ehemaligen Sozialministers Buchinger für einen **Solidarbeitrag bei hohen Ruhestandsbezügen** meinte LEICHTFRIED, dass die Pensionen kein großes europapolitisches Thema seien. Er halte es allerdings für falsch, Klientelen, zum Beispiel Jung gegen Alt, gegeneinander auszuspielen. Vielmehr sei die **Einkommens- und Vermögensverteilung** zwischen Unselbständigen und der kleinen Gruppe von Vermögenden zu hinterfragen. Vermögende seien derzeit unantastbar und zahlten keine Steuern. Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament setzten sich im Gegensatz zu den Konservativen für Transaktionssteuern ein. In den letzten 20 Jahren sei eine Umverteilung von unten nach oben erfolgt – diesen Trend gelte es umzudrehen!

Was die **Stellungnahme der Sozialdemokraten zum Programm von Kommissionspräsident José Manuel Barroso** betrifft, holte LEICHTFRIED weiter aus: Seine Fraktion sei nicht begeistert von der Nominierung Barrosos auch durch die nicht-konservativen Regierungen gewesen und habe nach dem Motto „Schauen wir einmal, was er (Barroso) macht“ reagiert. Es sei den Sozialdemokraten gelungen, eine vorzeitige Bestätigung Barrosos zu verhindern und ihn zu Zusagen zu bewegen. Zum einen habe er einen neuen Entwurf bei der Entsenderichtlinie in Aussicht gestellt, der auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Mann und Frau am gleichen Ort vorsehe.³ Zweitens habe er in institutioneller Hinsicht ein Abkommen zwischen der Kommission und dem Parlament zugesagt, das die Befugnisse der Volksvertretung ausweiten würde. Drittens habe er versprochen, keine neoliberalen KommissarInnen zu bestellen. Letztlich habe sich die sozialdemokratische Fraktion bei der Wahl Barrosos enthalten.

Im Zuge der Anhörungen der KommissarsanwärterInnen, erinnerte LEICHTFRIED, wurde die Bulgarin Rumjana Schelewa zurückgewiesen, doch dann – nach deren Rückzug – stimmten die Sozialdemokraten dem Gesamtpaket zu. Es sei gelungen, zwei wesentliche

³ Die Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen (kurz: Entsenderichtlinie) vom 16. Dezember 1996 regelt prinzipiell, dass die in einen Staat entsandten Arbeitskräfte den dortigen arbeitsrechtlichen Bestimmungen unterliegen. Zum Unmut der Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände fällte der Europäische Gerichtshof in den vergangenen Jahren mehrere Urteile, die dieses Bestimmungslandprinzip zum Teil aushöhlten.

Anliegen durchzusetzen, nämlich dass bei allen künftigen Vorschlägen eine soziale Evaluierung vorgenommen werde und dass das Parlament über ein Initiativrecht verfüge. Unter Berücksichtigung der derzeitigen Mehrheitsverhältnisse bestehe die Kommission aus dem bestmöglichen Team, und mit Catherine Ashton als der Hohen Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik nähmen die Sozialdemokraten eine wichtige Position ein.

PANEL 1:

Wo steht die EU? Wohin soll es gehen? Was sind die Herausforderungen? Was gilt es anzupacken?

Moderatorin **MARGIT SCHRATZENSTALLER**, Referentin für Öffentliche Finanzen am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) in Wien mit Forschungsschwerpunkten (europäische) Steuer- und Budgetpolitik, wies einleitend darauf hin, dass die Krise die Lissabon-Strategie in den Hintergrund treten lassen habe. Der Eindruck in der Öffentlichkeit sei jedoch gewesen, dass die Strategie gescheitert sei. Angesichts des nicht nachhaltigen Wirtschaftssystems und der Herausforderungen für die Budgetkonsolidierung stellte SCHRATZENSTALLER die Frage, welche Reformen nötig bzw. möglich seien.

HEINZ ZOUREK (Generaldirektor in der Generaldirektion für Industrie und Unternehmen, Europäische Kommission) machte darauf aufmerksam, dass die Kommission zeitgleich zur laufenden Veranstaltung im Renner-Institut über die Strategie 2020 beriet, und skizzierte die Ausgangslage folgendermaßen: Auch wenn es mit der Konjunktur wenigstens nicht weiter bergab gehe, wäre es ein Irrtum zu glauben, dass die Krise vorbei sei. Es gebe ein Ungleichgewicht der Sektoren, da von der Rezession besonders die Industrie betroffen sei, die auf das Niveau von 1990 zurückgeworfen worden sei. Dementsprechend bedeutsam sei, nicht zuletzt wegen der Konkurrenz zu anderen Wirtschaftsmächten, die Forderung nach einer europäischen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie.

Drei Punkte, so ZOUREK, müssten in der Strategie 2020 enthalten sein:

1. Den Menschen müsse ein Auskommen garantiert werden;
2. die Umwelt dürfe nicht weiter hemmungslos ausgenützt werden;
3. Vorbereitungen seien zu treffen, dass wir den nächsten Generationen nicht alle Probleme überlassen.

Diese Ansprüche würden jedoch die Spielräume einschränken.

Bevor sich ZOUREK näher dem EUROPA 2020-Programm widmete, unterzog er die Lissabon-Strategie einer Bewertung. Er schilderte zunächst die Ausgangslage: Nachdem in Europa das Pro-Kopf-Einkommen nach dem Zweiten Weltkrieg nur zwei Drittel des amerikanischen Werts betragen habe, habe es 1990 bereits 90% erreicht, sei jedoch in den 1990er wieder weiter hinter die USA zurückgefallen. Vor diesem Hintergrund sei die Lissabon-Strategie initiiert worden, um EU-Europa als wachstumsstärkste Macht zu etablieren. Allerdings sei die Strategie mit zu vielen Themen auf sehr unterschiedlichen Handlungsebenen überfrachtet worden. Die Anforderungen im sozialen Bereich seien zudem auf institutionelle Grenzen gestoßen. Dennoch habe die Strategie – von der Öffentlichkeit unbemerkt – gewisse Erfolge gezeitigt. In etlichen Bereichen seien Effekte spürbar geworden, die jedoch von der Krise der letzten 18 Monate gleichsam „aufgegessen“ worden seien. Ohne die Lissabon-Strategie, so gab sich ZOUREK überzeugt, wäre die Situation heute noch schlimmer.

Die größte Schwäche der Strategie sei es gewesen, dass sie auf bilateralen Abmachungen zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten beruht habe. Letztere hätten sich Reformprogramme vorgenommen und sie mehr oder weniger umgesetzt; danach seien die Erfolge durch die Kommission bewertet worden. Einen Diskurs zwischen den Mitgliedstaaten

habe es jedoch kaum gegeben. Daher sei der Mehrwert dahingehend, dass eins und eins drei ergeben, nicht erreicht worden.

Nun, bei der kommenden EUROPA 2020-Strategie, so ZOUREK, sollten die Prioritäten derart organisiert werden, dass sie als gemeinsames Projekt aller verstanden werden. Für die sich in vielen Bereichen unterscheidenden Mitgliedstaaten seien zwar unterschiedliche Vorgaben nötig, doch brauche es vor allem eine stärkere makroökonomische Koordination, deren weitgehende Inexistenz eine Mitursache für die Krise sei. Der Diskurs zwischen Frankreich und Deutschland über eine Wirtschaftsregierung weise jedoch in die falsche Richtung, da der Inhalt auf der Strecke bleibe.

Welche Themen dürften nun, so ZOUREK, in der EUROPA 2020-Strategie ihren Niederschlag finden? Zentrales Element jeglicher Wachstumsstrategie müsse die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit sein, und zwar auf soziale und ökologische Weise. Sozial bedeute nicht, dass der Druck auf die Leistungserbringer erhöht werden solle, vielmehr sollten sie mehr unterstützt werden. Ökologisch heiße, dass der Klimaschutz zu einer intelligenten Innovationspolitik führe. ZOUREK gab hier zu bedenken, dass eine grüne Wirtschaft und Industrie eine Illusion seien, da gewisse Bereiche immer energieintensiv sein würden.

Ein weiterer Punkt sei das alte Ziel, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3% des BIP (2% durch die Industrie, 1% durch die öffentliche Hand) zu bringen. Derzeit liege EU-Europa hier bei 1,9%. Hingegen investiere allein die Firma Google alljährlich mehr in die Forschung, als pro Jahr im 7. Forschungsrahmenprogramm (Laufzeit 2007-2013, insgesamt 50,5 Milliarden Euro) der EU vorgesehen sei. Gleichzeitig würden die USA jährlich 70 Milliarden Euro mehr investieren. Allerdings müsse man bedenken, dass Ausgaben für Forschung und Entwicklung nicht mit Innovation gleichzusetzen seien.

Bildung sei ein weiteres wichtiges Thema. In der EU sei, so ZOUREK, der Anteil der Personen mit Hochschulabschluss noch immer gering und die Zahl jener ohne ordentlichen Schulabschluss hoch. Dies sei nicht nur ein soziales und menschliches Problem, sondern auch eine Vergeudung von Ressourcen. In diesem Zusammenhang kam ZOUREK auch auf die Armut zu sprechen. Schon vor der Krise hätten 8% der Beschäftigten unter der Armutsgrenze gelebt, und davon sei ein Viertel Kinder, die wiederum ohne ordentliche Ausbildung aufwüchsen. Aus diesem negativen Kreislauf müsse man ausbrechen, denn Europas wichtigstes Kapital sei das menschliche Hirn, das es zu nützen und weiter zu entwickeln gelte.

Daher werde die Europäische Kommission, wenn sie am 3. März ihre Leitlinien der neuen Wachstumsstrategie⁴ vorstellen werde, vor allem drei Hauptziele benennen:

- *Erstens* müsse das Wachstum auf einer wissensbasierten Ökonomie basieren.
- *Zweitens* müsse es integrativ und ökologisch sein, also auf den Klimawandel Rücksicht nehmen.
- Und *drittens* müsse die Gesellschaft als ganze profitieren und nicht nur drei Viertel; der Bruch innerhalb der Gesellschaft könne nicht mehr hingenommen werden. Denn die Krise, wie ZOUREK erneut betonte, sei noch nicht vorbei, und ihre Bewältigung erfordere noch enorme Anstrengungen.

STEFAN COLLIGNON (Professor für Europäische Wirtschaftspolitik an der Sant' Anna School of Advanced Studies, Pisa; Gastprofessor am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz) präsentierte in seinem Vortrag einige Ergebnisse seiner derzeitigen Forschungsarbeit.

Eingangs meinte er, dass im Rahmen einer Erneuerungsstrategie für EU-Europa die institutionelle Reform der makroökonomischen Politik ein zentrales Element sein müsse. In

⁴ Die Vorschläge der Kommission für die Europa 2020-Strategie wurden am 3. März 2010 präsentiert. Siehe Europäische Kommission, Mitteilung der Kommission, Europa 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, KOM (2010) 2020, Brüssel, 3.3.2010; siehe <http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-0.pdf>
HINWEIS: Eine punktuelle Zusammenfassung findet sich auch im Anhang dieses Resümees.

der Lissabon-Strategie, in deren Ausarbeitung er involviert gewesen sei, sei die makroökonomische Komponente zu Beginn enthalten gewesen, doch mit Amtsantritt der Kommission Barroso I, die bei der so genannten Midterm-Review (bzw. Halbzeitbilanz) von 2005 vieles neu definiert habe, sei sie weggefallen. Das Ergebnis sei ein Scheitern dessen, was ursprünglich mit der Lissabon-Strategie angestrebt worden sei. Ein verstärktes institutionelles Rahmenwerk könnte die Effizienz der Wirtschaftspolitik erhöhen, müsse aber demokratisch abgesichert werden.

In der Folge ging COLLIGNON auf die **heutigen makroökonomischen Probleme** der europäischen Wirtschaft – geringes Wirtschaftswachstum, steigende Arbeitslosigkeit, steigende öffentliche Verschuldung sowie erheblicher Druck auf das europäische Sozialmodell – ein. Diese würden die Notwendigkeit einer stärker koordinierten makroökonomischen Politik umso deutlicher aufzeigen. Die entsprechenden institutionellen Fragen (Demokratie und Legitimation der Politik) müssten geklärt werden.

Wirtschaftswachstum: Anhand anschaulicher Graphiken zeigte COLLIGNON auf, dass der Wachstumseinbruch in der Eurozone im Zuge der Krise sehr stark gewesen sei. Seither sei nur ein langsames Wachstum festzustellen. Mit dem sinkenden Trendwachstum würden sich auch die Verteilungsspielräume verkleinern. Auch Österreich sei von einer heftigen Rezession erschüttert worden, doch noch stärker sei die US-amerikanische Wirtschaft betroffen, deren Trendwachstum relativ steil nach unten zeige.

Steigende Arbeitslosigkeit: Der Rückgang des Wachstums, so COLLIGNONS Analyse, habe enorme Auswirkungen auf die Beschäftigung. Während der Euro in den vergangenen zehn Jahren ein gewaltiger Job-Motor gewesen sei, indem in den 16 Euro-Ländern fünfzehn Millionen Jobs geschaffen worden seien, habe die Finanzkrise wieder fünf Millionen Arbeitsplätze vernichtet. Die Bilanz in Österreich sei hier besser, da den insgesamt 365.000 neuen Jobs „nur“ 90.000 abgebaute Arbeitsplätze gegenüber stünden, was einem Viertel-Verlust gleichkomme. Für eine Trendumkehr wäre ein beschleunigtes Wachstum nötig, das aber nicht so schnell erreicht werden dürfte. Wenn das Eurozonenwachstum 3% pro Jahr betrage, würde es 7 Jahre dauern, bis der Beschäftigungsstand von 2007 wieder erreicht würde.

Entwicklung der Lohnstückkosten: Die europäischen Volkswirtschaften hätten sich sehr unterschiedlich an die Krise angepasst, wie COLLIGNON anhand der Entwicklung der Lohnstückkosten (Verhältnis der Nominallöhne zur Produktivität) ausführte. Diese seien insgesamt in der Eurozone zuletzt in die Höhe geschneit, da in der Rezession die Produktivität sehr viel stärker gefallen ist als die Beschäftigung und die Löhne nominal nur ein wenig gesunken seien. Vor allem in Deutschland seien die Lohnstückkosten enorm gestiegen, da die Produktivität beträchtlich gefallen sei. In Spanien hingegen sei die Beschäftigung viel drastischer zurückgegangen, sodass bei etwa gleich bleibenden Löhnen die Produktivität enorm zugenommen habe und die Lohnstückkosten sogar gefallen seien. Somit habe die Krise eine ausgleichende Tendenz bei den Lohnstückkosten bewirkt, die zuvor stark auseinander gedriftet seien. Vor allem in Deutschland seien nämlich die Lohnstückkosten seit Einführung des Euro gefallen. Dadurch sei das Land zu einem der wettbewerbsfähigsten in Europa geworden, allerdings auf Kosten der anderen und zum Preis einer sinkenden Binnennachfrage. In Spanien, aber auch in Portugal, Griechenland und z.T. in Italien seien die Lohnstückkosten hingegen in den letzten Jahren enorm gestiegen. Dieses Auseinanderklaffen zwischen Nord und Süd sei verheerend gewesen. Durch die Krise seien diese Spannungen wieder abgebaut worden. Es gebe allerdings keine Garantie, dass dies eine längerfristige Tendenz sei. Es sei anzunehmen, dass die Lohnstückkosten in Deutschland wieder fallen dürften, sobald das Wachstum wieder anspringe. Um jedoch das Wachstum im Süden in Gang zu halten, müssten die Spannungen weiter reduziert werden. Ein gleichmäßiges Wachstum im Norden und im Süden müsse das Ziel sein, das auch im

Lissabon Vertrag (Art. 3) unter den Prinzipien von territorialen Zusammenhalt und Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten verankert sei.

Geld- und fiskalpolitische Maßnahmen: Die Geldpolitik in Europa reagierte aus der Sicht COLLIGNONS vorbildlich auf die Krise, indem vor allem die Zinsen rasch gesenkt worden seien. Dadurch hätten die schlimmsten Effekte abgemildert werden können.

Die Fiskalpolitik hingegen sei ein makroökonomisches Handicap für die EU. Während die USA 787, China 600 und Japan 450 Milliarden Dollar freigemacht hätten, hätten die EU-Staaten Stimuluspakete im Wert von lediglich 200 Milliarden Euro (= 300 Milliarden Dollar) beschlossen. Die Folge sei, dass Europa langsamer der Krise entkommen werde. Für diese Zögerlichkeit machte COLLIGNON zwei Gründe aus: Einerseits seien in Europa, vor allem in Deutschland, die Ideologien und politischen Überzeugungen andere. Andererseits sei ein *Collective Action-* bzw. *Trittbrettfahrerproblem* festzustellen. Die einzelnen Staaten versuchten, selbst möglichst wenig in die Hand zu nehmen und die nötigen Schritte den anderen zu überlassen. Insgesamt geschehe dann sehr wenig.

Öffentliche Verschuldung: Der Blick auf die Entwicklung der Budgetdefizite verdeutliche Europas Zögerlichkeit. Während die Defizite der Euroländer in der Krise von unter 3% auf etwa 5 bis 6% gestiegen seien, nähmen die USA und Japan nun Defizite von über 10% in Kauf. Auch Österreich bleibe hier mit etwas über 5% Neuverschuldung bescheiden. Dabei sei es kein Verstoß gegen die Maastricht-Regeln, in Zeiten schwerer Rezession die Defizite auszuweiten, da dann die Kriterien keine Gültigkeit hätten. Mit dem nunmehrigen leichten Wachstum sollten die Defizite ohnehin wieder sinken.

Wer in Europa, so fragte sich COLLIGNON weiter, sind nun sozusagen die größten „Übeltäter“, also welche Länder – gemessen an absoluten Zahlen – haben 2009 am meisten Geld aufgenommen, um ihre Defizite zu finanzieren? Es seien nicht (nur) die südlichen EU-Staaten, die hier die Liste anführten. Vielmehr leihe sich Frankreich mit einem Anteil von 28% am meisten Geld aus, Spanien folge mit 21%, Deutschland und Italien mit jeweils 14%. Nur 5% der Gesamtsumme gehe auf das Konto Griechenlands. Der Grund für diese Schuldenaufnahme sei, dass die Ausgaben der Staaten gleichgeblieben oder leicht gestiegen seien, während die Einnahmen eingebrochen seien. Um die Defizite wieder zu senken, müsste das Wachstum wieder entscheidend steigen.

Wie COLLIGNON verdeutlichte, verlaufe die längerfristige Entwicklung bei Ausgaben und Einnahmen so mancher Staaten nicht so, wie sie oft in der Öffentlichkeit dargestellt werde. Die längerfristige Tendenz der Verschuldung in Deutschland, Frankreich und Griechenland sei negativ; in Deutschland sei das Trenddefizit (in absoluten Zahlen, unabhängig von der Entwicklung des BIP) in den letzten zehn Jahren von etwa 50 auf circa 80 Milliarden Euro gestiegen. In Italien hingegen, trotz zum Teil hoher struktureller Defizite, sei längerfristig ein leichter Rückgang des Trenddefizits festzustellen. Staaten, die selbst im Glashaus säßen, sollten nicht mit Steinen werfen! Vor allem Deutschland stelle sich hier oft viel besser dar, als die Zahlen es erlaubten. Europa brauche eine stärkere Kohärenz in der Wirtschafts- und Finanzpolitik und der Makroökonomie. Zur Abrundung verwies COLLIGNON darauf, dass die öffentlichen Schulden im Verhältnis zum BIP enorm gestiegen seien und vielfach über der 60%-Marke (gemessen am BIP) lägen. Die Frage sei, ob dies längerfristig aufrechterhalten werden könne.

Abschließend stellte COLLIGNON einige Fragen in den Raum:

- Angesichts der langsamen Anpassung, der schlimmen Folgen für Arbeitsmarkt und öffentliche Schulden und des größeren Erfolgs der Stimuli in den USA – *was kann Fiskalpolitik in Europa leisten?* Da die Europäische Zentralbank keine öffentlichen Titel (Anleihen) kaufe, sei der Reichtums-Effekt von Stimuli in Europa ohnehin geringer.

- *Was ist mit Griechenland zu tun?* Das Land, so COLLIGNON, habe ein enormes Programm mittel- und langfristiger Natur vor sich.⁵ Wie kann europäische Solidarität dabei helfen?
- *Gibt es einen raschen Ausweg aus der Krise?* Die Zinsen, so der Wissenschaftler, dürften nicht zu rasch erhöht werden, und in der Finanzpolitik müsse die schwierige Balance zwischen Glaubwürdigkeit, Aufrechterhaltung der Verschuldungsmöglichkeit und Dämpfung des ohnehin schwachen Wachstums gefunden werden.
- *Wer koordiniert die Wirtschaft, die Lohn- und Haushaltspolitik? Wer macht das Gegenstück zu einer integrierten Geldpolitik?* Dies sei das fundamentale politische Problem Europas. Wenn wir eine europäische Fiskalpolitik brauchen, stelle sich die Frage, wer diese Politik dann legitimiere. Aber wenn wir keine bessere europäische demokratische Repräsentation haben, werde es, so COLLIGNON, auch nicht möglich sein, jene Form von Wirtschaftspolitik zu machen, die notwendig wäre, um das europäische Sozialsystem aufrechtzuerhalten.

Im Rahmen der **Fragen aus dem Publikum** und der **Diskussion** wurden folgende Themen erörtert:

Arbeitsmarkt: Auf eine entsprechende Frage meinte COLLIGNON, dass im Zuge der Krise die Jobs vor allem dort weggebrochen seien, wo am schnellsten mit Entlassungen reagiert worden ist.

Zur Schaffung von fünfzehn Millionen Jobs in den vergangenen zehn Jahren wandte Martin Pospischill (Stadt Wien, MA 27, EU-Strategie) ein, dass deren Qualität nicht sehr hoch gewesen sei. COLLIGNON räumte ein, dass viele Jobs gerade in Spanien, wo die Beschäftigung enorm zugenommen habe, vor allem in der Bauindustrie entstanden seien. Dennoch habe dies zu einem landesweiten Boom auch in anderen Arbeitsbereichen geführt. Die Qualität neuer Arbeitsplätze sei aber auch entscheidend für die Entwicklung der Produktivität.

In diesem Zusammenhang übte COLLIGNON Kritik an der Art und Weise der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte in den vergangenen Jahren. Zwar seien erwartungsgemäß neue Jobs entstanden, tatsächlich aber vor allem Billiglohn-Jobs. Dadurch sei nicht nur die Qualität der Arbeit gesunken, sondern auch die Produktivität und die Wohlstandsschöpfung. In Dänemark sei die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes viel erfolgreicher umgesetzt worden. Die Lissabon-Strategie habe zwar ursprünglich eine andere Art von Flexibilisierung vorgesehen, doch sei sie hier schließlich fehlgeleitet gewesen. Nach derzeitigem Stand werde die Lissabon Nachfolge-Strategie hier keine Änderungen bringen, da die EU-Institutionen am bisherigen Muster der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte festhalten.

Auch Robert Stöger (Bundeskanzleramt) bemerkte, dass bei den Jobs, die in den vergangenen Jahren entstanden seien, nicht nur die Produktivität, sondern auch die Qualität beachtet werden müsse. In Österreich seien vor allem Teilzeitarbeitsplätze geschaffen worden, die zum Teil eine hohe Produktivität aufwiesen. Leben allerdings könne man davon nicht. COLLIGNON gestand ein, dass Arbeitsplätze von schlechter Qualität ein Problem seien, doch sei es besser, einen Job zu haben als gar keinen. Gerade für Jugendliche sei ein Arbeitsplatz besonders wichtig. In Spanien, wo jede(r) zweite Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos sei, führe dies zu massiven Problemen.

In Bezug auf die **Lohnstückkosten** wurde die Frage gestellt, ob und wie die Teilauslagerung der Produktion in Billiglohnländer in der Berechnung berücksichtigt werde. COLLIGNON wies auf den engen Zusammenhang mit der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte hin und ergänzte, dass Teilauslagerungen in Billiglohnländer mit geringerer Produktivität in Summe nichts brächten. Er gab auch zu bedenken, dass die Eurozone aufgrund der gemeinsamen Währung eine gemeinsame Volkswirtschaft darstelle.

⁵ Siehe dazu auch die Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des EURO-Währungsgebietes vom 25. März 2010: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/113566.pdf

Verteilung des Wohlstands: Ein Teilnehmer im Publikum machte drauf aufmerksam, dass bei den BürgerInnen seit langem nicht mehr Wohlstand generiert worden sei. Daher sollte man bei der Berechnung des Wohlstands auch andere Bewertungskriterien wie die gerechte Verteilung der Arbeit, Gesundheit und Umwelt mit einfließen lassen. Denn der Wohlstand sei in den letzten Jahrzehnten offenbar nur mittels Verschuldung erzielt worden.

COLLIGNON meinte dazu, dass es immer Ziel sein müsse, den Wohlstand zu steigern. Im Sinne eines qualitativen Wachstums sollten Aspekte wie Klimaschutz und das Altern der Gesellschaft mit einbezogen werden, doch könne nur das verteilt werden, was zuvor erwirtschaftet werde. Nachhaltigkeit sei natürlich wichtig und nötig, denn die Qualität des Wachstums entscheide über dessen Folgekosten. Dies sollte in der Nachfolge-Strategie für Lissabon berücksichtigt werden.

Geld- und Fiskalpolitik: Pospischill äußerte Zweifel, ob die Fiskalpolitik in dieser Krise wirklich eine gute Rolle gespielt habe: Für die Bankenrettungspakete seien enorme Summen geflossen, während für andere Lebensbereiche kaum Unterstützungsgelder vorhanden gewesen seien.

Von Erhard Fürst wurde die Frage gestellt, ob aus der Sicht COLLIGNOS weitere Defizite gemacht werden sollten und wie die Geldpolitik gestaltet werden solle. COLLIGNON antwortete, dass Geld- und Fiskalpolitik von entscheidender Bedeutung für die Bewältigung der Krise seien. Mittelfristig seien allerdings andere Mittel zu wählen als langfristig:

- *Auf längere Sicht* müssten die Defizite und die öffentliche Verschuldung wieder eingedämmt werden; die Maastricht-Kriterien seien hier sehr wohl vernünftig. Diese Verringerung der Schulden sei auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, und zwar nicht wegen der Generationenfrage (die Umwälzung der Schulden auf kommende Generationen sei ein falsches Argument), sondern wegen der Umverteilung von unten nach oben. Von der Schuldenaufnahme mittels Anleihen würden nämlich vor allem Wohlhabende profitieren, die sich diese Papiere kaufen könnten und damit einen Zinsgewinn erzielen, während die Zinsen von der Masse der Steuerzahler bezahlt würden
- *Mittelfristig* jedoch müsse die Wirtschaft durch verstärkte Ausgaben gestärkt werden, aber nicht durch Steuersenkungen, da diese nur wenig stimulierende Wirkung hätten, sondern vor allem das Einkommen der öffentlichen Hand auf Dauer verringerten.

In Zukunft werde es, so COLLIGNON weiter, von zentraler Bedeutung sein, einen besseren Mix aus Geld- und Fiskalpolitik zu erreichen. Derzeit seien die beiden Bereiche klar voneinander getrennt und die Fiskalpolitik stark national geprägt. Für die Geldpolitik wäre es unerlässlich, zu einer aggregierten europäischen Gesamtneverschuldung zu kommen. Dies müsste im Interesse der Zentralbank sein und wäre für die Stimulation der Wirtschaft wichtig. Derzeit existierten jedoch keine Instrumente für die Festlegung einer gesamtwirtschaftlichen europäischen Budgetpolitik. Ohne diese allerdings gebe es keine Möglichkeit, die Geldpolitik in einer anderen Form zur Stimulierung der Wirtschaft heranzuziehen.

Klaus Gretschmann wollte daraufhin wissen, welche Institutionen für eine europäische Fiskalpolitik zur Verfügung stehen (sollen). Sollen alle Staaten das Gleiche tun? – Nein, jedes Land müsse etwas anderes tun, aber auf das gleiche Ziele hin.

COLLIGNON stellte klar, dass nicht alle das Gleich tun sollten, und räumte ein, dass die Einführung einer europäischen Fiskalpolitik kein leichtes Unterfangen wäre. Eine Möglichkeit wären beispielsweise *Tradable Deficit Permits*. Mit demokratischer europäischer Legitimation könnte ein Defizit für die Eurozone festgelegt und an die Mitgliedstaaten verteilt werden, die dann mit den Anrechten untereinander handeln könnten. Bräuchte eine Regierung zusätzliche Verschuldung, könnte sie die Anrechte von einer anderen Regierung kaufen, die ihren Rahmen nicht voll ausschöpft. Das derzeitige System sei jedenfalls nicht funktional, wie das Beispiel Griechenland zeige.

Fürst hielt einen **Vergleich der absoluten Defizite** für sinnlos. **Griechenland lebe** doch viel eher **auf unsere Kosten** als umgekehrt! Aus der Sicht von COLLIGNON macht der Vergleich Zahlen deswegen Sinn, weil die Eurozone *eine* Volkswirtschaft darstelle und es auch einen Verteilungsaspekt am Kapitalmarkt gebe. Daher sei nicht nur darauf zu achten, wie hoch sich beispielsweise Deutschland im Verhältnis zu seinem BIP verschulde, sondern auch, wie sich seine Verschuldung in Relation zum BIP der gesamten Eurozone verhalte. Anhand der absoluten Beträge könne auch ersehen werden, dass bisher bei der Bewältigung der Krise die Ausgaben mehr oder minder gleichgeblieben seien, während die Einnahmen eingebrochen seien.

Überdies stellte COLLIGNON in Abrede, dass Griechenland auf unsere Kosten gelebt habe. Richtig sei, dass „kriminell agierende“ Regierungen in Athen die Daten gefälscht hätten. Alle anderen Regierungen hätten dabei weggeschaut. Zwar ist es richtig, dass das Land aus den EU-Strukturfonds enorme Mittel bezogen habe, welche jedoch zu einer Steigerung der Produktivität geführt hätten und dies sei im Interesse aller Europäer. Aus ökonomischer Sicht gebe es keine Gefahr für die Eurozone insgesamt, da sich ein Währungssystem dadurch auszeichne, dass die Banken unbegrenzten Zugang zur Zentralbank und somit zu Liquidität haben. Selbst wenn Griechenland bankrott ginge, hätten seine Banken Zugang zur Europäischen Zentralbank. Das Land habe zudem auch seinen Beitrag zum Wachstum der Eurozone geleistet. Politisches Fehlverhalten könne jedoch sehr wohl zu einer Gefahr für den Euro werden.

Gretschmann ergänzte, dass Griechenland schon deswegen nicht der „böse Bube“ sei, weil 2001 alle gewusst hätten, dass seine Zahlen „getürkt“ gewesen sind und diese hingenommen hätten. Die Märkte würden über die weitere Entwicklung entscheiden. Griechenland müsse im März 2010 an die € 27 Milliarden umschulden. Wenn Athen diese Summe nicht auftreibe, stehe Europa vor einem großen Problem. Denn nicht nur griechische Banken befänden sich in einer sehr misslichen Lage, sondern auch viele europäische Banken seien in Griechenland extrem exponiert, nämlich französische Institute mit € 75 Milliarden Bonds, deutsche mit 43 Milliarden Euro und Schweizer mit € 64 Milliarden. Das heiße, dass wir entweder Griechenland retten oder acht Wochen später unsere eigenen Banken.

COLLIGNON meinte dazu, dass Griechenland zwar einen Fundamentalumbau vornehmen müsse, der aber Zeit brauche und sozial verträglich gestaltet werden müsse.

In diesem Zusammenhang erneuerte COLLIGNON seine Forderung, dass die **Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit und der Lohnstückkosten in der gesamten Eurozone** beachtet werden müsse. Denn wenn der Süden dem Beispiel Deutschland folgte und ebenfalls seine Lohnstückkosten senkte, dann ginge auch dort der Konsum zurück. Vielmehr müsse der Süden, insbesondere Griechenland, Spanien und Portugal, aber auch Italien, seine Produktivität steigern, und Deutschland dagegen die Löhne erhöhen. Dann wäre gemeinsames Wachstum möglich.

Eine Stimme im Publikum wollte wissen, ob die EU Strategien verfolge, um die enorme **soziale Sprengkraft in manchen Mitgliedsländern** und mögliche gewaltsame Konflikte beispielsweise in Ungarn zu entschärfen. Vorerst blieb die Frage unbeantwortet. Im Zuge der Diskussion in Panel III wurde jedoch die explosive Lage am Balkan und Osteuropa sehr wohl erörtert.

Klaus Gretschmann meinte, dass ein **Vergleich der absoluten Stimuluspakete** der EU-Staaten und der USA nicht zielführend sei. Die EU stehe im Vergleich nicht so schlecht da, zumal auch die USA nicht so schnell aus der Krise kämen. Ihre Banken funktionierten wieder wie vorher, also wie ein Kartenhaus!

Von anderer Seite wurde im Zusammenhang mit den Stimulus- und Bankenrettungspaketen die Frage gestellt, ob es nicht sinnvoll wäre, den Bürgern auch direkt Geld zukommen zu lassen.

COLLIGNON entgegnete in Richtung von Gretschmann, dass die USA und die EU doch von einer vergleichbaren Größe seien. Richtig sei, dass die Sozialsysteme unterschiedlich

funktionierten: In den USA, aber auch in Spanien, passe man sich in Form von Arbeitsplatzabbau an die Krise an, unter Beibehaltung der Produktivität. Im europäischen Sozialmodell werde eher die Produktivität gesenkt.

Zum Thema **Steigerung der Binnennachfrage** meinte Valentin Wedl (Arbeiterkammer Wien), dass die Gewerkschaften im Zuge der Lohnverhandlungen höhere Forderungen stellen müssten. Die Europäische Kommission jedoch habe zu tarifvertraglicher Zurückhaltung aufgerufen. Wedl stellte die Frage in den Raum, ob es nicht besser wäre, die Sorge vor steigender Inflation zurückzuschrauben.

Aus der Sicht von COLLIGNON ist eine gemeinsame Lohnpolitik nicht möglich. Ebenso sei eine einheitliche gesamteuropäische Gewerkschaft eine Illusion. Im Bereich des Möglichen wären allerdings Diskussionen im Europäischen Parlament mit allen Verantwortungsträgern über eine intelligente Lohnpolitik. Ein erster, wichtiger Schritt sei es, mehr Transparenz in Europa zu schaffen und sicher zu stellen, dass nationale und regionale Lohnverhandlungen ihren europäischen Kontext berücksichtigen.

In diesem Kontext stellte COLLIGNON abschließend die Forderung auf, dass zur Lösung der Probleme der größere Zusammenhang gesehen und verstanden werden müsse. Eine demokratische **europäische Regierung** müsse eingerichtet werden, die sich auch dem politischen Wettbewerb stellen müsste. Dann könnten die BürgerInnen zwischen verschiedenen wirtschaftspolitischen Konzepten wählen. Die Krise habe jedenfalls die Mängel in Europa deutlich gemacht.

PANEL 2:

Die neue Reform-Agenda am Prüfstand: Welches Potential steckt in ihr?

Dieser Themenblock wurde von **CHRISTA PEUTL** (Stellvertretende Leiterin der Sektion für Koordination im Bundeskanzleramt und mit EUROPA 2020 befasst) moderiert. Sie regte an, den Begriff *Reform-Agenda* ideologisch zu hinterfragen und zu bewerten, und plädierte für den neutraleren Begriff der „EUROPA 2020“-Strategie.

EVELYNE GEBHARDT (MEP der S&D/DE, Koordinatorin der Sozialdemokratischen Fraktion im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz; federführende Berichterstatteerin des Europäischen Parlaments für die europäische Dienstleistungsrichtlinie) betonte eingangs die Bedeutung einer intensiven Diskussion über die EUROPA 2020-Strategie. Denn aus ihrer Sicht stelle sich folgende Frage: Machen wir so weiter wie bisher oder machen wir etwas ganz Anderes? Um dies beantworten zu können, so die Europa-Abgeordnete, sei auch der Diskurs mit der Bevölkerung notwendig.

Ganz wichtig, so GEBHARDT auch unter Berufung auf ihren Vorredner COLLIGNON, sei es, die Solidarität in der EU zum Leben zu bringen. Gerade im Hinblick auf Griechenland bestehe die Pflicht zur Einmischung, denn was in Griechenland vor sich gehe, habe Auswirkungen auf die gesamte Union. Es sei von großer Bedeutung, die Richtung, in die es gehe, mitzubestimmen. Sie erinnerte in diesem Kontext an die Spekulationen in den 1990er Jahren gegen die Lira. Letztlich habe der Euro Italien gerettet. Nun sei ein Angriff auf den Euro über Griechenland zu verhindern.

Konkret auf die **Reformstrategie** eingehend, bezeichnete GEBHARDT den Titel „EUROPA 2020“ als falsch, da die Zukunft nicht mit 2020 ende. Stattdessen seien noch längerfristige Strategien nötig. Darüber hinaus zeigte sie sich schwer enttäuscht von den Vorschlägen und den Abläufen auf europäischer Ebene, denn Barroso verfolge die Linie „Weiter so!“. Vielmehr müssten wir etwas aus der Krise lernen! Nachdem schon 2001/02 versäumt worden sei, die richtigen Schlüsse zu ziehen, müsse man nun anders an die Sache herangehen als es die Kommission vorhabe. GEBHARDT sieht hier einen Streit zwischen linken und konservativen

Kräften. Letztere wollten einen großen Binnenmarkt und eine starke Wirtschaft, doch habe diese Agenda zur Krise geführt. Die Sozialdemokraten hingegen träten für eine Umdrehung der Philosophie ein, nämlich dahingehend, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen: Welche Wirtschaft braucht es, um eine nachhaltigere und sozialere Gesellschaft zu erreichen? Derzeit jedoch stünden die Chancen auf eine Trendumkehr nicht zum Besten, nicht zuletzt wegen der ungünstigen Mehrheitsverhältnisse im Rat und im Europäischen Parlament. Die Sozialdemokraten würden daher eine vollständige Umdrehung der Politik nicht schaffen.

In der Folge skizzierte GEBHARDT drei Bereiche, die ihr in Bezug auf die EUROPA 2020-Strategie als vorrangig erscheinen:

Wichtigster Punkt sei die **Bildungspolitik**, nicht zuletzt unter der Devise „Lebenslanges Lernen“. Noch gebe es hier keine ausgeprägte europäische Komponente, da die EU-Staaten zwar schöne Beschlüsse gefasst, aber nichts umgesetzt hätten. Allerdings existierten über den Weg der gegenseitigen Anerkennung von Berufsabschlüssen und ähnlichen Maßnahmen Ansätze, um auf die nationale Politik Einfluss zu nehmen.

Die Zukunft der **Sozialpolitik** sei der zweite essenzielle Bereich. Auch hier habe die EU keinen Einfluss, aber die europäische Politik habe Auswirkungen auf die nationale Politik. Barroso habe versprochen, dass in Hinkunft der soziale Aspekt eine größere Rolle in der Politik der Kommission spielen würde. So sollte die Abschätzung der sozialen Folgen bei der Gesetzgebung ein Kernelement bilden. Diese Zusagen seien ein wesentlicher Grund für die Zustimmung der Sozialdemokraten zur neuen Kommission gewesen. Sie, GEBHARDT, habe aber nun den Eindruck, dass die Versprechen nicht eingehalten würden und so weiter gemacht werde wie zuvor. Als Beispiele nannte sie die Bereiche Gesundheitsdienstleistungen und Daseinsvorsorge, wo die Kommission den Wettbewerb forcieren wolle. Es sei fraglich, ob Michel Barnier, Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, seine Zusage verwirklichen und einen Schutzrahmen durchsetzen könne.

Drittes wichtiges Thema ist für GEBHARDT die **Rolle der EU in der Welt**, vor allem gegenüber den USA und China, das eine Weltwirtschaftsmacht auf gleicher Augenhöhe sein wolle. Die EU, so ihr Aufruf, müsse sich hier klar aufstellen. Die Abgeordnete verlangte eine gemeinsame *europäische Governance* (bzw. Lenkung oder Steuerung) nicht nur in der Wirtschaftspolitik, sondern auch in der Weltpolitik. Es sei zu hoffen, dass hier Catherine Ashton bereits gewisse Initiativen setzen könne. Es sei einer der wichtigsten Zukunftsaufgaben der Union, auch im Bereich der Weltpolitik klare Antworten geben zu können.

Abschließend nannte GEBHARDT einige konkrete Ziele, die derzeit von der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament verfolgt würden:

- *Zum einen* werde eine Verbesserung der Entsenderichtlinie angestrebt. Die Rechte der ArbeitnehmerInnen sollen gewahrt bleiben, das Kollektivrecht dürfe nicht angegriffen werden.
- *Zweites konkretes und aktuelles Ziel* sei eine Rahmenrichtlinie zum Schutz der Dienstleistungen im allgemeinen Interesse; die Salami-Taktik der Kommission, die derzeit die Gesundheitsdienstleistungen betreffe, müsse ein Ende haben.
- Damit in engem Zusammenhang stehe als *drittes Ziel* ein *social impact assessment*, also eine soziale Folgenabschätzung bei jedem Gesetzesvorhaben. An erster Stelle müsse nämlich in Zukunft die Frage stehen, welche Auswirkungen die Politik auf den Menschen in sozialer und ethischer Hinsicht habe.

WOLFGANG GREIF ist für den ÖGB Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA, einem beratenden Organ der Europäischen Institutionen in Brüssel) und leitet die Abteilung Europa, Konzerne und Internationale Beziehungen der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) in Wien. Er stellte zunächst klar, dass bisher nur einige Elemente der *Reformagenda* bekannt seien; der große Wurf hingegen liege noch nicht vor. Als verantwortlicher Generalberichterstatter für die

Nachfolge der Lissabon-Strategie im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss finde er es jedenfalls erfreulich, dass sich der Diskurs über die Strategie geändert habe: Bisher habe es nämlich oft geheißt, dass die *Lissabon-Strategie 2000*⁶ in Ordnung gewesen sei, die Ziele ohne die Krise erreicht und höchstens nur wegen der mangelnden nationalen Umsetzung verfehlt worden seien. Dabei sei verkannt worden, dass sich Europa bereits 2008 auf der Bremsspur befunden habe. Nun aber habe sich diese einseitige Sicht auf die Lissabon-Strategie aufgeweicht.

Die Lissabon-Strategie, so GREIF in einer Art Rückblick und Bewertung, sei ein *Cocktail* nach jedem Geschmack gewesen, indem sie die verschiedensten Vorsätze beinhaltet habe. Mit der Midterm-Review (bzw. Halbzeit-Bilanz) durch die Kommission im Jahr 2005 sei der Schwerpunkt auf Wachstum und Beschäftigung gelegt worden, während andere Ziele, vor allem die sozialen Vorhaben, in den Hintergrund getreten seien. Ebenso sei der europäische Ansatz geschwächt worden. Übriggeblieben sei ein Fehlkonstrukt, das das Ziel der Wettbewerbsfähigkeit überhöht und den sozialen Zusammenhalt marginalisiert habe. GREIF ergänzte, dass die heftig umstrittene Dienstleistungsrichtlinie⁷ bereits in der Lissabon-Strategie enthalten gewesen sei. Die Strukturreformen seien in hohem Maß zu Lasten der ArbeitnehmerInnen gegangen.

Der Masterplan für die kommenden Jahre müsse nun aber ein Erfolg werden. Die Vorzeichen stünden nun besser, da nun auch das Problem der *working poor* erkannt und über die *Armutsbekämpfung* gesprochen werde, während bisher nur die *Quantität* und nicht auch die *Qualität der Arbeitsplätze* beachtet worden sei. Aus GREIFS Sicht komme daher weder ein „Zurück zu Lissabon 2000“ noch eine „kleine grüne und soziale Revision“ in Frage. Vielmehr stelle sich die Frage, ob der europäische Rahmen überhaupt geeignet sei, um die Ziele zu erreichen. Was müsse passieren, damit Europa aus der Krise herauskomme, und wie seien die Ziele (Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltiges Wirtschaften und soziale Kohäsion) erreichbar? GREIF machte klar, dass die EUROPA 2020-Agenda soziale Substanz erhalten müsse, die sozialen Korrekturen müssten das Herzstück bilden. Viele glaubten noch an den grenzenlosen Binnenmarkt, doch nun müsse die Botschaft lauten, dass der *soziale Zusammenhalt* und *Nachhaltigkeit* die Hauptziele sind. In diesem Sinne müssten auch die nationalen Reformen inklusive ihrer Auswirkungen auf die Einkommensverteilung und die Arbeitsmarktchancen aller Bevölkerungsgruppen evaluiert werden.

In Zukunft, so GREIF abschließend, müsse der *soziale Acquis* (bzw. Rechtsbestand) erweitert werden. Die *Armutsbekämpfung* müsse in die Gemeinschaftsmethode überführt werden, indem beispielsweise eine EU-weite Mindesthöhe für die Auszahlung von Arbeitslosengeld festgelegt werde. Strukturreformen seien prinzipiell nicht mehr nötig, und wenn, dann nicht auf den Arbeitsmärkten, sondern auf den Finanzmärkten!

WOLFGANG ANZENGRUBER, Vorsitzender des Vorstands des Verbund (Österreichische Elektrizitätswirtschafts-AG), der die überregionale Plattform „Austrian Mobile Power“ zur Elektromobilität koordiniert, befasste sich in seinem Beitrag mit den energiepolitischen Herausforderungen in den kommenden Jahrzehnten aus der Sicht der Stromwirtschaft.

⁶ Vgl. dazu die Kurzinformation betreffend die *Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung* (2000-2010) im Anhang dieses Resümees.

⁷ Die EG-Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt vom 12. Dezember 2006 hat das Ziel, EU-weit die freie grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen zu ermöglichen. Der Beschlussfassung waren jahrelange heftige Diskussionen vorausgegangen. Der erste Entwurf des damaligen Binnenmarkt-Kommissars aus den Niederlanden, Frits Bolkestein (daher: Bolkestein-Entwurf), zielte auch auf Daseinsvorsorgeleistungen (Kinderbetreuung, Müllabfuhr usw.) ab und beinhaltete das Herkunftslandprinzip. Dieses besagt, dass die arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen des Herkunftslandes des Dienstleisters einzuhalten sind. In der schlussendlich beschlossenen Richtlinie waren die Daseinsvorsorgeleistungen dann allerdings ausgenommen und auch das Herkunftslandprinzip nicht mehr verankert.

Weitere Informationen unter:

http://de.wikipedia.org/wiki/Richtlinie_2006/123/EG_%C3%BCber_Dienstleistungen_im_Binnenmarkt

Er erinnerte an die Gaskrise zu Beginn des Jahres 2009, als die Lieferungen aus Russland unterbrochen waren und die Energieversorgung Europas im Zentrum der Aufmerksamkeit stand. Auch wies er auf das Scheitern der Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 hin. Aus diesen Ereignissen und den Schlüsselbereichen für die neue EU-Strategie (Investitionen in Menschen; mehr Forschung, Entwicklung und Innovation; dynamischeres Unternehmensumfeld; grünere Wirtschaft) ergeben sich aus der Sicht ANZENGRUBERS drei Zukunftsfragen zur Energie- und Klimapolitik:

- *Erstens* die Sicherheit der Energieversorgung,
- *zweitens* die Rolle der erneuerbaren Energien und
- *drittens* die Energieeffizienz bzw. Elektromobilität.

In Bezug auf die **Energieversorgung** legte ANZENGRUBER dar, dass der globale Zusammenhang nicht außer Acht gelassen werden dürfe. Er wies auf die anhaltend große Bedeutung der fossilen Brennstoffe beim weltweiten Energieverbrauch hin. Der Anteil von Kohle, Öl und Gas an der globalen Energienachfrage werde nur geringfügig zurückgehen, von 82% im Jahr 1990 auf 80% im Jahr 2030. Dabei werde die Bedeutung der Kohle weiter steigen, nämlich von 25% im Jahr 1990 auf 29% im Jahr 2030. Die Rolle des Erdöls werde leicht zurückgehen, aber 2030 noch immer bei 30% liegen. Der Anteil der erneuerbaren Energien und der Atomenergie dürfe lediglich leicht steigen, von 19% 2007 (erneuerbare Energien 13%, Atomenergie 6%) auf 20% im Jahr 2030. Darüber hinaus werde, so ANZENGRUBER, der weltweite Energieverbrauch bis 2030 um 45% wachsen, wobei die Hälfte des zusätzlichen Bedarfs aufs Konto von China und Indien gehen würden. Dementsprechend würden, so der düstere Ausblick, die CO₂-Emissionen von knapp 29 Gigatonnen 2007 auf über 40 Gigatonnen 2030 steigen. Daher müssten wir *längerfristig* denken als nur bis 2020.

Wie ANZENGRUBER darlegte, stammten auch in den EU-27 nur 7% des Energieverbrauchs aus erneuerbaren Energien, während der Anteil der fossilen Brennstoffe bei 79% liege. Diesem hohen Wert entspreche die zunehmende Abhängigkeit der EU von Energieimporten, die von rund 45% 1990 auf fast 54% im Jahre 2006 gestiegen sei. Im selben Zeitraum sei auch der Energieverbrauch Europas um 10% gestiegen. Insofern sei das EU-20-20-20-Ziel für das Jahr 2020 (Anstieg des Anteils der erneuerbaren Energien auf 20%, 20%-Steigerung der Energieeffizienz sowie 20%-Rückgang der Treibhausgasemissionen) nur schwer zu erreichen – ein tiefgreifender Umbau des Energiesystems wäre dafür nötig. Vor allem die Abhängigkeit von Öl müsste deutlich reduziert werden.

Die **Stromproduktion**, so ANZENGRUBER, mache 20% des Energieverbrauchs aus. Was die Stromerzeugung in Europa betrifft, so habe sich im Zeitraum 1990 bis 2006 die Bedeutung von Nuklearenergie (2006: über 29%) und Kohle (28,6%) auf hohem Niveau eingependelt, während der Anteil von Gas (2006: 21%) und erneuerbaren Energien (14,6%) stetig gestiegen sei. Der Anstieg der Stromproduktion um 30% in diesem Zeitraum sei also vor allem durch den vermehrten Rückgriff auf Gas und erneuerbare Energien erfolgt. Daher wäre es mit Blick auf eine möglichst nachhaltige Energieeffizienz sinnvoll, zunehmend Strom als Energieträger zu verwenden.

In Österreich liege der Anteil der erneuerbaren Energie an der Stromproduktion bereits bei 62%, dank der Wasserkraft. Gemessen am Energieverbrauch insgesamt stammten in Österreich 24% aus erneuerbaren Energiequellen. Es sei ambitioniert, diesen Anteil auf 34% erhöhen zu wollen. Vor diesem Hintergrund steige die Bedeutung der Windkraft. Ihre Erzeugung koste allerdings das Zwei- bis Dreifache, Strom aus Photovoltaik gar das Acht- bis Zehnfache. Dies müssten letztlich alle Konsumenten bezahlen. Dennoch müsse Energie als Blut der Wirtschaft und des Lebens leistbar bleiben. Die Förderungen sollten daher degressiv gestaltet werden.

ANZENGRUBER wies auch auf das enorme Potenzial für Einsparungen im Energieverbrauch hin. Dies betreffe einerseits den Bereich der Raumwärme, wofür in erster Linie fossile Brennstoffe verwendet würden. Um hier Abhilfe zu schaffen, brauche es auch Gesetzesreformen, da es bisher in Österreich z.B. neun (!) Bauordnungen gebe. Haupt-

Energieverbraucher mit einem europaweiten Anteil von 75% sei allerdings der Verkehr, der wiederum zu mehr als 90% auf fossile Brennstoffe zurückgreife.

Hier neue Wege einzuleiten und zu beschreiten, und zwar in Richtung **Elektromobilität**, dies sei Ziel der Austrian Mobile Power. Zahlreiche Firmen, von Magna, Siemens, AVL-List, Infineon über Rewe, Baumax bis zum Verbund, würden sich an dieser Plattform für Elektromobilität beteiligen, um Österreich eine Führungsrolle in diesem zukunftssträchtigen Bereich zu sichern. Die ökologischen und ökonomischen Vorteile der Elektromobilität sollen genutzt werden. ANZENGRUBER gab zu bedenken, dass bei Öl als Ausgangsprodukt für Treibstoff 85% der Energie verloren gingen und nur 15% für den Antrieb verwendet würden. Wenn Öl in Strom umgewandelt werde und dieser als Antriebsquelle diene, werde ein Wirkungsgrad von 40% erreicht. Sollte es gelingen, vermehrt erneuerbare Energien bei der Stromerzeugung einzusetzen, sei der ökonomische und ökologische Vorteil noch größer. Die Energie würde effizienter genutzt und die Umwelt geschont werden. Bei einem vollständigen Umstieg auf Elektromobilität müsste allerdings die Stromerzeugung um 13% gesteigert werden. Immerhin gebe es bei der Wasserkraft in Österreich noch ein Ausbaupotential (ohne sensible Bereiche wie Hainburg) von rund 20%, das dafür genutzt werden könnte.

Im Rahmen seines zweiten Statements ging **HEINZ ZOUREK** näher auf den Charakter und den Fahrplan zur EUROPA 2020-Strategie ein. Diese sei *kein „Kino“*, in dem die Vorstellung automatisch anlaufe, sondern *eine gemeinsame Arbeitsgrundlage*, die zu einem *Gleichklang der Anstrengungen* führen solle, damit *eins und eins wirklich drei* ergeben.

Am 3. März werde die Kommission ihren Vorschlag präsentieren, dessen Hauptaugenmerk auf der europäischen und relativ abstrakten Ebene liegen werde. Die Schwachpunkte seien aber derzeit nicht im Bereich der Gemeinschaftsmethode zu finden, sondern im Zusammenspiel der Mitgliedstaaten. Diese müssten sich auf gemeinsame Vorgehensweisen beispielsweise im Bereich der Sozialpolitik einigen und dann auch wirklich gemeinsam handeln. Dies bedarf einer politischen Anstrengung. Die Staaten müssten immer wieder beurteilen, welche Ziele umgesetzt werden konnten und welche nicht.

Die nächsten Etappen seien dann der Frühjahrsgipfel der Staats- und Regierungschefs am 25. und 26. März sowie die Beratungen im Europäischen Parlament. Im Juni müsste dann Übereinstimmung gefunden werden, und zwar

- *erstens* über die Ziele selbst,
- *zweitens* in der Frage, wer welche Aufgaben erfüllen solle, und
- *drittens* in der Frage, was nötig sei, um die Ziele tatsächlich zu erreichen.

Einige Punkte, so ZOUREK, würden nicht in der Strategie enthalten sein, aber dennoch als **Voraussetzung für ihren Erfolg** gelten.

- Dazu gehöre *erstens* eine nachhaltige Stabilisierung der Finanzmärkte, die noch immer nicht reformiert seien. Das *Ungeheuer* besitze noch immer sehr viel Zerstörungsgewalt, aber die Lösung könne hier nicht von Europa allein ausgehen.
- *Zweitens* sei die ungelöste soziale Dimension als Hemmschuh für Fortschritte in der Wettbewerbsfähigkeit erkannt worden. Die Qualität der Arbeitsplätze könne nicht völlig außer Acht gelassen werden. Zwar habe die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte Vorteile gebracht, doch sei sie unfair verlaufen: Nur 10% der Arbeitnehmer hätten die volle Flexibilität geschluckt, während die anderen unberührt geblieben seien. Die Sicht der Kommission sei immer gewesen, dass die sozialen Sicherungssysteme derart organisiert werden müssten, dass sie auf die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte entsprechend reagieren könnten.
- *Drittens* dürfe der freie Binnenmarkt nicht verteufelt werden. Dieser habe, gerade im Bereich des freien Warenverkehrs, für den er zuständig sei, das Lebensniveau bedeutend gesteigert. Auch im Bereich der Dienstleistungen könnte bei geeigneten Rahmenbedingungen ein enormer Nutzen erzielt werden, denn *„der Binnenmarkt ist zwar nicht alles, aber ohne Binnenmarkt ist alles nichts!“*

- *Viertens* müssten die Gründe für das Verfehlen der 3%-Quote bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung festgestellt werden. Die öffentlichen Haushalte hätten nämlich die Ausgaben nicht zurückgeschraubt. Vielmehr fahre die Industrie die Investitionen zurück und verlange dann Subventionen. Daher müsse – allgemein betrachtet – die Strategie auch Verpflichtungen zur Umsetzung der Ziele beinhalten.
- Dementsprechend müssten *fünftens* die Handlungsanleitungen auf dem beruhen, was auf realistische Weise erreicht werden könne. So habe ZOUREK vorgeschlagen, folgendes Ziel in der Amtsperiode der neuen Europäischen Kommission zu verfolgen: Die Industrieproduktion, die auf das Niveau von 1990 zurückgefallen sei, solle bis 2014 wieder den Stand von 2008 erreichen, aber mit dem Emissionsniveau von heute. Für diese Entkopplung müsste mehr Geld für Innovationen vorgesehen sein. Die Antwort auf den Klimawandel könne nämlich nur im Bereich der Industrie gefunden werden.

In der **Diskussion mit dem Publikum** wurden folgende Punkte zur Sprache gebracht:

Zeitplan für die EUROPA 2020-Strategie: Reinhard Troper (Stadt Wien, MA 27, EU-Strategie) stellte die Frage in den Raum, ob nicht der enge Fahrplan eine Abkehr vom *business as usual* verhindere. ZOUREK antwortete, dass der Zeitplan von den Staats- und Regierungschefs festgelegt worden sei, und wollte die Befürchtungen nicht entkräften. GEBHARDT ging einen Schritt weiter und bezeichnete den Fahrplan zur EUROPA 2020-Strategie als „*unverschämt*“, da er dem Geist des Vertrags von Lissabon widerspreche und eine vermehrte Beteiligung der Bürger verhindere. Politik sollte nicht wieder nur von oben nach unten gemacht werden. Ein Jahr, so ihre Forderung, sollte für die Ausarbeitung der Strategie Zeit sein.

Auch GREIF erachtete den Zeitplan als „*abenteuerlich*“, auch wenn er eine Beschlussfassung im Jahre 2010 befürworte. Weitere Verzögerungen sollten aber möglich sein, so viel Flexibilität müsste da sein. Alle Akteure sollten bei der Ausarbeitung und der Implementierung *an Bord* sein, und dazu gehörten auch Zivilgesellschaft, Sozialpartner, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände. Gerade bei der Lissabon-Strategie seien Teilhabe und Einbindung oftmals an strukturellen Hindernissen, wie Fristsetzungen im Sommer beim Berichtswesen, gescheitert.

Erich Hochleitner (Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik) berichtete von seinen Eindrücken von einer Veranstaltung zu ähnlichen Fragen in Brüssel: Der Zeitplan zur EUROPA 2020-Strategie sei zu kurz, so dass gewisse Themen wie die Finanzdimension nicht ausreichend berücksichtigt werden könnten.

Hinsichtlich der **sozialen Dimension** kamen verschiedene Facetten zur Sprache:

Pospischill äußerte den Wunsch, dass die Privatisierung der Gewinne und die Sozialisierung der Verluste, für die es auch im Bereich des freien Warenverkehrs Beispiele gebe, ein Ende hätten.

Erhard Fürst wandte sich dagegen, die sozialen Probleme dem Binnenmarkt in die Schuhe zu schieben und erinnerte an die fehlenden Kompetenzen der EU im Sozialbereich. Er fragte auch, warum die Gewerkschaften keine koordinierte Lohnpolitik verfolgten.

GREIF entgegnete, dass EU-Europa bereits heute gewisse sozialpolitische Kompetenzen besitze. Verteilungspolitik finde nicht auf europäischer Ebene statt, aber eine regulative und koordinierende Sozialpolitik sei absolut möglich. In Bezug auf die Lohnkoordinierung zwischen den Gewerkschaften sei eine intelligente Form zu finden, um Lohndumping zu vermeiden. Das sei – hier gab GREIF Fürst recht – eine Hausaufgabe der Gewerkschaften.

GEBHARDT hatte ZOUREK dahingehend verstanden, dass er einen Widerspruch zwischen sozialen Aspekten und dem Binnenmarkt hergestellt hätte. Sie trat vehement dafür ein, ein hohes Maß an sozialen Rechten und Verbraucherschutzrechten im Binnenmarkt zu verankern, um ihn sozialer zu gestalten. Als abschreckendes Beispiel führte sie die Dienstleistungsrichtlinie an. Der erste Entwurf von Kommissar Bolkestein habe einen Binnenmarkt der Dienstleistungen vorgesehen, in dem es zu einem Wettbewerb der

Sozialsysteme gekommen wäre. Für GEBHARDT wäre es vielmehr wichtig, eine Harmonisierung oder zumindest eine gegenseitige Anerkennung der sozialen Rechte vorzunehmen. Erst dann könne es einen fairen Wettbewerb geben. Das Wort *fair*, so abschließend ihre Kritik, fehle bei den Maßnahmen der Kommission ganz und gar.

Für Hochleitner hingegen weisen die ersten Entwürfe der Kommission auf eine Haltungsänderung zu einer grüneren und sozialeren Linie hin. Die soziale Marktwirtschaft sei wieder stärker in den Fokus geraten. Die EU werde sich mehr dessen bewusst, dass sie eine Schutzfunktion über das europäische Lebensmodell habe.

GREIF kam noch einmal auf den Vorschlag COLLIGNONS in Richtung einer stärkeren **makroökonomischen Governance** (bzw. Lenkung oder Steuerung) zu sprechen. Es gebe bereits vor jedem EU-Gipfel einen makroökonomischen Dialog zwischen der Politik und den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern.⁸ Diesem Austausch sollte mehr Öffentlichkeitswirkung eingeräumt und somit mehr Leben eingehaucht werden. Die Schlussfolgerungen des *tripartiten Dialogs* könnten jenen des EU-Gipfels angehängt werden. In Bezug auf die **Governance der EUROPA 2020-Strategie** hinterfragte Armando Garcia-Schmidt (Bertelsmann Stiftung) die Bereitschaft der Mitgliedsländer, die Ziele der neuen Strategie auch umzusetzen. Schon die Lissabon-Strategie, so sein Befund, sei von den einzelnen EU-Staaten zu Fall gebracht worden. Die entscheidende Frage laute daher, wie an der Governance der Strategie weitergearbeitet werden könne, ohne die Mitgliedsländer zu verschrecken. Ein Ausweg könnte ein unabhängiger Sachverständigenrat auf europäischer Ebene sein, so wie ihn zuletzt die Bertelsmann Stiftung vorgeschlagen habe.

COLLIGNON bezeichnete ZOUREKS Aussage, wonach *eins und eins drei* werden solle, als alten europäischen „*talk*“. Das Argument positiver Synergien habe sicherlich die frühe Phase der europäischen Integration geprägt. Allerdings seien in den letzten 20 Jahren zahlreiche Politikbereiche europäisiert worden, in denen nicht-kooperatives Verhalten im Interesse nationaler Regierungen, nicht aber der europäischen BürgerInnen liege. Regierungen der Nationalstaaten seien dort versucht, das Gegenteil von dem zu machen, was dem Gesamtinteresse aller BürgerInnen, einschließlich ihrer eigenen WählerInnen diene. Hier könne die Rechnung (1+1= 3) niemals aufgehen! Was wir für diese neueren Politikbereiche bräuchten, sei eine neue Form der *Governance mit Zentralisierung* auf europäischer Ebene.⁹

Rolle des Europäischen Parlaments: Im Zusammenhang mit der Governance berichtete COLLIGNON in Richtung GEBHARDT von einem Treffen mit Helmut Schmidt. Dabei habe sich der ehemalige deutsche Bundeskanzler gegenüber ebenfalls anwesenden Europaabgeordneten enttäuscht gezeigt, dass sie nicht mehr Druck auf die Regierungen und Kommission ausübten. Das Europäische Parlament müsste *Krisen herbeiführen*.

Auch von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, dass die Abgeordneten zum Europäischen Parlament, die ja direkt gewählt seien, mehr präsent sein und sich mehr Verbündete in den Nationalstaaten holen müssten.

GEBHARDT entgegnete, dass jede(r) Europaabgeordnete die BürgerInnen zu erreichen versuche, beispielsweise mit Newsletters. Darüber hinaus gab sie COLLIGNON recht, dass

⁸ Vgl.: Europäische Sozialpartner und EU-Spitze erörtern Krisenausstieg und Strategie Europa 2020; Brüssel, 25. März 2010;
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/364&format=HTML&aged=0&language=DE&language=en>

Zum sozialen Dialog in Europa: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=329&langId=de>

⁹ Siehe auch Stefan Collignon, *Bundesrepublik Europa? Die demokratische Herausforderung und Europas Krise*. Vorwärts Verlag, Berlin, 2007

das Europäische Parlament im EU-Machtgefüge tatsächlich *Krisen* herbeiführen müsste. Sie selbst habe schon des Öfteren für Krisen gesorgt, und auch bei der Bestellung der Kommission Barroso II habe das Parlament *Konturen* gezeigt. Dieses sei allerdings mit einem *schweren Tanker* vergleichbar, der nur mit Mühe auf *Konfrontationskurs* gebracht werden könne. Die Diskussion über Europa, so GEBHARDT, sei jedenfalls weiterzuführen, und es sei dafür zu sorgen, dass es *ein Europa der BürgerInnen* werde.

Fürst wollte wissen, wie die Chancen für ein höheres EU-Budget für **Forschung und Entwicklung** stehen.

Horst Kreutler regte an, weniger Gelder für die Landwirtschaft auszugeben und dafür mehr in Forschung und Entwicklung zu investieren.

ZOUREK hielt es für wünschenswert und zugleich unrealistisch, dass die Mittel für Forschung und Entwicklung aufgestockt werden.

ANZENGRUBER wollte sich nicht gegen mehr Mittel für Forschung und Entwicklung aussprechen, äußerte aber Zweifel am effizienten Einsatz der Gelder. In Österreich habe jedes Ministerium und jedes Bundesland eigene Forschungsbudgets. Dementsprechend würden mit der Gießkanne Förderungen vergeben, ganz im Sinne einer Klientelpolitik.

Energiepolitik und -versorgung: Kreutler kritisierte, dass es weder eine nationale noch eine EU-Energiepolitik gebe, um die Versorgung sicherzustellen. Diese würde von den Unternehmen gemacht. Von der politischen Ebene würden hingegen keine Maßnahmen gesetzt, so dass das Risiko bestehe, in Energiewettläufen mit China und anderen Staaten ins Hintertreffen zu geraten.

ANZENGRUBER stimmte zu, dass es vorerst in Österreich keine Energiestrategie gebe, aber möglicher Weise in wenigen Wochen.¹⁰ Auf europäischer Ebene habe Österreich bei seinem EU-Beitritt wegen seines Verzichts auf die Atomenergie auf Autonomie gedrängt.

PEUTL wollte klargestellt wissen, dass es sehr wohl eine Energiepolitik gebe. Allerdings bleibe die Wahl der Energieträger den einzelnen EU-Staaten vorbehalten, und daran wolle kein Land, auch nicht Österreich, rütteln.

Von einem Teilnehmer im Publikum wurde bemerkt, dass die Arbeitsproduktivität in einem gewissen Zeitraum um 280%, die Energieeffizienz jedoch nur um 80% gestiegen sei. Dennoch sei Energie relativ gesehen so billig wie nie zuvor und werde dadurch vergeudet. Andererseits lasse sich der Trend, dass erneuerbare Energie immer billiger und fossile Energie immer teurer werde, nicht aufhalten. Der Verbund habe sich in der Vergangenheit gegenüber erneuerbaren Energiequellen nicht offen gezeigt und sei daher in diesen Fragen nicht der richtige Ansprechpartner.

ANZENGRUBER gab nur kurz zur Antwort, dass der Verbund sicher nicht die Preise bestimmen könne. In einer Diskussion über Energieautarkie sehe er wenig Sinn.¹¹

Er fügte an, dass Wasserkraft aber jene erneuerbare Energie repräsentiere, die wirtschaftlich die wettbewerbsfähigste erneuerbare Energiequelle darstelle. Der Verbund sei einer der

¹⁰ Tatsächlich präsentierten Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und Umweltminister Nikolaus Berlakovich am 11. März 2010 die „Energiestrategie Österreich“. Der Text ist abrufbar unter: http://www.energiestrategie.at/images/stories/pdf/longversion/energiestrategie_oesterreich.pdf

¹¹ Siehe ergänzend auch die Sonderpublikation „YellowPaper: EU-Energiepolitik 2010-2020“ von EurActiv.de über die wachsende Bedeutung der EU-Energiepolitik. Das YellowPaper versammelt Analysen, Visionen, Ideen und Forderungen aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Abrufbar unter: http://www.euractiv.de/fileadmin/user_upload/documents/YellowPaper_EU_Energiepolitik_gute_Qualitaet.pdf

umweltfreundlichsten Stromerzeuger Europas: er deckt rund 40% des österreichischen Strombedarfs ab. Davon kommt 88% aus erneuerbarer Wasserkraft.

Elektromobilität: Kreutler meinte, dass es noch einige Zeit brauchen werde, bis Elektroautos wirklich marktreif seien. Bis dahin sollte auf Erdgasautos gesetzt werden. Auch ANZENGRUBER räumte ein, dass der Weg zum Elektroauto noch lang sein werde, doch sei es notwendig, ihn jetzt einzuschlagen.

PANEL 3:

Welche Wege aus der Krise? Welche Weichenstellungen für die Zukunft?

Die Moderatorin **MARGARETHA KOPEINIG** (Ressortleiterin Europa im KURIER, Wien) stellte eingangs die Frage, was die EU mache, um die Gemeinschaft und den Kontinent aus der Krise zu führen. Habe sie bzw. die Kommission genug gemacht?

KLAUS GRETSCHMANN (Univ.-Prof., GD im Generalsekretariat des Rats der EU mit Zuständigkeit für Wettbewerb, Binnenmarkt, Industriepolitik, Telekommunikation und Informationsgesellschaft, Energie-, Verkehrs- und Forschungspolitik; Brüssel) kündigte vorab an, einen gewissen *Perspektivenwechsel* vorzunehmen, zum Beispiel was den Erfolg der Lissabon-Strategie betrifft. Bevor er zum Kern seines Vortrags kam, wies er in Bezug auf die EUROPA 2020-Strategie darauf hin, dass der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, am 11. Februar ein *eigenes Papier* vorgelegt habe.¹² Möglicherweise werde auch eine umfangreiche Stellungnahme der *Reflexionsgruppe* (Weisenrat) um Felipe González eingearbeitet, entweder bis zum Frühjahrsgipfel am 25./26. März oder beim Gipfel im Juni.

GRETSCHMANN stellte seine Ausführungen unter den Titel „*Europäische Wirtschaft nach 2010: Stagnation oder Transformation*“ und stellte in der Folge fünf Thesen auf.

- „**Europa sucht Richtung!**“, so lautete seine **erste These**. Wir wüssten eben nicht genau, wo wir (bzw. Europa) hingehen, so GRETSCHMANN, der zur Illustration ein Zitat des Europarechtlers Joseph Weiler anführte: „*Die EU ist eine unvollendete Gemeinschaft auf dem Weg zu einem unbekanntem Ziel!*“ Dies gelte auch noch nach dem Vertrag von Lissabon, von dem manche erwarteten, dass er zum Tod der europäischen Integration führen könnte. Auf jeden Fall gelte in Brüssel der Satz von Mark Twain: „*Als wir unser Ziel aus den Augen verloren hatten, verdoppelten wir unsere Anstrengungen!*“

GRETSCHMANN gab dann einen Rückblick auf die wesentlichen strategischen Elemente der europäischen Wirtschaftsintegration: 1967 sei die *Zollunion* vollendet worden, d.h. der erste Bereich der Integration sei der Handel gewesen. Nächster Schritt sei im Rahmen der *Einheitlichen Europäischen Akte* 1985-1987 die Festlegung des Ziels des Binnenmarkts (freier Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr) bis 1992 gewesen. 1999-2002 sei die Gründung der *Währungsunion* gefolgt mit dem Euro als gemeinsamer Währung und der Europäischen Zentralbank als gewichtiger Institution. Eine Institution für eine gemeinsame Fiskalpolitik sei aber nicht geschaffen worden! Die nächste Etappe aus GRETSCHMANN'S Sicht war im Jahr 2000 das *Lissabon-Programm zur Strukturreform* (Lissabon-Strategie). Dieses sei unter der Ägide von Sozialdemokraten (Tony Blair, Gerhard Schröder, António Gutierres etc.) beschlossen worden und zwar mit dem Ziel, den Reformgeist in Europa zu stärken.

¹² Das Papier von Herman Van Rompuy: *Seven Steps to Deliver on the European Strategy for Growth and Jobs*, Brussels, 8 February 2010, ist abrufbar unter:
<http://www.euractiv.com/sites/all/euractiv/files/HRV%20EU%202020%20strategy.pdf>

Der letzte Schritt folgte für GRETSCHMANN 2009 mit dem *Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon*, dessen Umsetzung in der jetzigen ersten Phase nicht ohne Friktionen ablaufe, da das Zusammenspiel und die Zuständigkeiten der einzelnen Institutionen (Rat, Kommission und Parlament) neu geregelt werden müssen. Abgesehen vom Vertrag von Lissabon Sorge auch die Bewältigung der Krise im Jahrzehnt bis 2020 für Unschärfen und Unsicherheiten, zumal zu befürchten sei, dass nach der derzeitigen leichten Erholung ein weiterer Konjunkturereinbruch nicht auszuschließen ist. Außerdem stelle sich die Frage, ob so etwas wie eine Europäische Wirtschaftsregierung komme. Bislang gäbe es keine offiziellen Dokumente, doch habe es im Vorfeld des Treffens der Staats- und Regierungschefs am 11. Februar deutsch-französische Gespräche gegeben, bei denen sich Berlin dieser Idee gegenüber nicht mehr ganz abgeneigt gezeigt habe.

- Nach GRETSCHMANN'S **zweiter These** war die **Lissabon-Strategie kein (!) Flop**, nur entwickelte sie sich nicht ganz wie geplant. Sie sollte sicherstellen, wie er zitierte, „*dass die EU die wettbewerbsfähigste und dynamischste Wissensökonomie in der Welt wird, fähig zu nachhaltigem Wachstum, mit mehr und besseren Jobs sowie größerer sozialer Kohäsion.*“ Von den 47 ins Auge gefassten Maßnahmen seien zwar nur sechs oder sieben ganz erreicht worden, aber im Jahr 2000 sei es vor allem um *Modernisierung* gegangen. Tatsächlich sei es möglich gewesen, den Reformgeist in Europa zu verankern, zwischen 2000 und 2008 18 Millionen Jobs zu schaffen, ein Wirtschaftswachstum von 13,5% pro Kopf zu erreichen und den sogenannten Innovationsabstand zu den USA zu verringern. Diesen Erfolgen stünden im Wesentlichen drei Mankos gegenüber: *Deregulierung* und *Marktgläubigkeit* sei ein zu großes Gewicht beigemessen, der *makroökonomische Bereich* sei gegenüber der Mikroökonomie vernachlässigt, und die *Rolle der Finanzmärkte und –innovationen* sei ignoriert worden.
- **Das Krisenmanagement der EU sei besser als erwartet gewesen**, so GRETSCHMANN in seiner **dritten These**, vor allem wenn man die eher ungünstigen Voraussetzungen bedenke. Die EU sei nämlich kein „geborener Krisenmanager“, die Abstimmung auf europäischer Ebene brauche ihre Zeit, und die Länder seien unterschiedlich betroffen gewesen. Es sei zwar relativ schnell ein Krisenpaket entwickelt worden, aber um eine genuin europäische Komponente wurde lange gerungen. Die direkte Koordinierung unter den Mitgliedstaaten habe sich als effektiver erwiesen. Dennoch betonte GRETSCHMANN drei positive Aspekte: *Erstens* habe das Krisenmanagement sowohl eine kurzfristige Perspektive (Stimuli über partielle Multiplikatoren) als auch ein langfristiges Ziel (Wachstum) beinhaltet, wenngleich die USA hier genauere Berechnungen über die zu erwartenden Effekte der Multiplikatoren angestellt hätten. *Zweitens* sei es gelungen, eine finanztechnische und ordnungspolitische Diskussion miteinander zu verknüpfen. Heute allerdings werde kaum mehr über die Reform und Regulierung der Finanzmärkte gesprochen, nachdem diese wieder funktionierten, wenn auch nur bei oberflächlicher Betrachtung. *Drittens* sei die Solidarität gestärkt worden. Um jedoch noch besser als Krisenmanager fungieren zu können, muss die EU aus GRETSCHMANN'S Sicht *anders strukturiert* sein.

In diesem Zusammenhang ging er näher auf den Verlauf der Krise und auf verschiedene Irritationen in der weiteren Entwicklung ein:

Der Wirtschaftseinbruch, so GRETSCHMANN, habe mit einer Immobilienkrise in den USA begonnen; die weiteren Schritte seien eine Bankenkrise, Finanzmarktkrise, Börsenkrise, Exportkrise und dann eine Krise der EU-Gesamtwirtschaft gewesen. Zur Veranschaulichung der Exportkrise verwies er auf die hohe Exportquote Deutschlands (über 47% Exportanteil am BIP 2007) im Vergleich zu Italien (29%) und

Frankreich sowie Spanien (jeweils rund 26%). Diese Ungleichgewichte rächten sich im Falle einer Krise.

Für die weitere Entwicklung der EU-Wirtschaft präsentierte GRETSMANN drei Szenarien: Dem *ersten* zufolge komme es nach dem starken Einbruch zu einer Rückkehr zum Wachstumspfad, der vor der Krise angenommen worden sei. Die Wahrscheinlichkeit dafür liege aber nur bei 10%. Das *zweite* Szenario laufe auf ein Wachstum auf niedrigem Niveau, also parallel zur ursprünglichen Wachstumskurve, hinaus (Wahrscheinlichkeit 30%). Das mit 60% wahrscheinlichste *dritte* Wachstumsmodell gehe von einer schwächeren wirtschaftlichen Entwicklung aus. Auch für die Börsen erwartet GRETSMANN wenig Gutes: Nach einem Einbruch von 57% von den Höchstständen und einer gewissen Erholung (71% von den Tiefstständen aus) könnte es in den kommenden 13 Monaten wieder um rund 25% bergab gehen.

GRETSMANN nahm auch die fiskalischen Stimulus-Pakete in den einzelnen EU-Staaten genauer unter die Lupe. Während vor allem Spanien, Irland und Großbritannien hohe Summen für die Krisenbewältigung ausgegeben und somit ihre Defizite enorm ausgeweitet hätten, hätten Staaten wie Deutschland und Österreich kaum auf Stimuli gesetzt und dafür vergleichsweise niedrigere Defizite verzeichnet. Die Antworten auf die Krise seien also sehr unterschiedlich ausgefallen.

Zu den weiteren irritierenden Elementen und offenen Problemen, die einer Bewältigung bedürften, zählte GRETSMANN folgende Punkte:

- die Krise des Euro (Stichwort Griechenland);
- die Bankenwelt, die wieder so tue, als habe sie von Krise noch nie gehört, und sich wieder als *Finanzcasino* geriere;
- weiters die Frage, ob das bisherige Wirtschaftsmodell fortgeschrieben werden oder eine neue Wirtschaftsordnung eingeführt werden solle;
- die Frage, ob China als Modell dienen könne;
- und schließlich die Frage, was die EU tun solle, um einen Ausweg zu finden, also ob Strukturreformen oder ganz neue Lösungen angegangen werden sollten.

Zu China bemerkte GRETSMANN, dass das Land maßlos überschätzt werde, da es von einem sehr niedrigen Niveau aus wachse. Nun sei gar zu befürchten, dass die Stimuluspakete der Regierung in Peking die Märkte mit zu viel Liquidität versorgt haben und letztlich zum Platzen einer weiteren immensen Immobilienblase führen könnten. Dies hätte furchtbare Auswirkungen.

Zu Griechenland und seinem Budgetdefizit von 13% meinte er, dass alle EU-Staaten seinerzeit bei der Frage der Euro-Einführung gewusst hätten, dass das Land „frisierter“ Zahlen vorgelegt hat. Es sei eine politische Entscheidung gewesen, Griechenland trotzdem mit an Bord zu nehmen. Nun, als sich das griechische Defizit verdoppelt habe, hätten die Märkte reagiert. GRETSMANN erinnerte hier noch einmal an das beträchtliche Engagement europäischer Banken. Dass Deutschland und Frankreich zögerten, Griechenland zu helfen, erklärte er damit, dass zu schnelle Hilfszusagen den Reformeifer in Athen erlahmen lassen könnten. Eine Absage an jegliche Hilfe hingegen würde zum Kollaps der eigenen Banken führen, so zum Beispiel von Hypo Real Estate, die unverständlicher Weise auch noch als verstaatlichtes Institut ihre Engagements in Griechenland von zwei auf vier Milliarden verdoppelt habe. Letztlich handle es sich um ein echtes griechisches Dilemma.

Nun stelle sich die Frage, wie man angesichts dieser in vielerlei Hinsicht *brutalen Situation* zu neuen Ufern komme. Die Devise von Georg W. Bush zu Beginn der Krise „*Das Kartenhaus ist zusammengebrochen – Wir bauen es wieder auf!*“ könne nicht (!) Leitmotiv sein. Zu klären seien folgende Punkte, wenn ein *neues stärkeres Fundament* gelegt werden solle:

- Die zukünftige Rolle der Finanzmärkte, wobei GRETSCHMANN vorerst noch keine Diskussion in der EU sehe;
 - die internationale Arbeitsteilung und die derzeitigen Ungleichgewichte;
 - die Geschäftsmodelle der Banken, insbesondere die Frage, ob wir so viele Investmentbanken brauchen;
 - die Konzentration auf Exporte, der Deutschland zuletzt sein wieder bescheidenes Wachstum verdanke, die aber bei einem weiteren Einbruch sehr negative Auswirkungen haben könnte;
 - schließlich das weitgehende Engagement gerade von Österreich in Osteuropa, das zum Teil in der Krise Nachteile bringe.
- Die **vierte These** lautete, dass **multiple Krisenursachen multiple Therapien erfordern**. GRETSCHMANN stellte hier die Frage in den Raum, welche der verschiedenen Gründe für die Krise überwiegen bzw. auch zutreffen. Handle es sich um eine Krise von *zu wenig* oder *zu viel* Regulierung? Sei es eine Krise der *Gier und Anreize*, oder hänge es auch von den *institutionellen Strukturen* ab? Oder sei es vor allem eine *Krise der Ideologie der effizienten Märkte*? (In diesem Zusammenhang schrieb GRETSCHMANN auch der traditionellen „mainstream“ Wirtschaftswissenschaft, die von *per se* absolut effizienten Märkten sprach, eine Mitverantwortung für den Ausbruch der Krise zu.) Oder handle es sich um eine *Krise vor allem des spekulativen Finanzkapitals*, oder eine der *globalen Ungleichgewichte*, oder auch der *politischen Intervention*? Oder gehe es letztlich um eine *Krise des westlichen Wirtschaftssystems*?
Je nach Krisenursache, die man in erster Linie annehme, unterscheiden sich, so GRETSCHMANN, auch die *Maßnahmen*, die nun zu ergreifen wären.

In diesem Kontext ging er auf die verschiedenen, und zugleich in unterschiedliche Richtungen weisenden Vorschläge für die EUROPA 2020-Strategie (Papier von Herman Van Rompuy, González-Papier, Papier der Kommission) ein.

- Ein Kernelement sei das Wachstum, im Sinne von *klugem, grünem und sozialem Wachstum*.
- Ganz wichtig sei auch die Stärkung des sogenannten *Knowledge Triangle*, also von *Bildung, Forschung und Innovation*. Zum Thema Bildung bemerkte GRETSCHMANN, dass die EU, ja in föderal strukturierten Staaten nicht einmal alle Mitgliedstaaten selbst, hier Kompetenzen besäßen.¹³ Was die Forschung betrifft, sei das europaweite Ziel, dass die

¹³ Teile des Strategiepapiers "Europa 2020" wurden nicht auf dem EU-Gipfeltreffen vom 25./26. März 2010 behandelt. EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy gestand dem Bundeskanzleramt in Berlin zu, dem Widerstand des Bundesrats nachzugeben und das Bildungsziel zu verschieben. Die Kritik an den Bildungszielen stammt aus Deutschland und Österreich.

Vgl.: <http://www.euractiv.de/zukunft-und-reformen/artikel/eu-gipfel-ohne-bildungsziel-002869>

Vgl. dazu auch eine dpa-Presseaussendung (Brüssel) vom 18. 3. 2010: *Die EU räumt den deutschen Bundesländern mehr Zeit zur Diskussion über Ziele der geplanten Wirtschaftsstrategie «Europa 2020» ein. Nationale Vorgaben dieses Plans könnten bis spätestens Oktober entschieden werden, sollte dies nicht früher möglich sein, sagte der ständige EU-Ratsvorsitzende Herman Van Rompuy bei einem Treffen mit Vertretern der Bundesländer*

Zuvor hatte der Bundesrat in einem Beschluss deutlich die Zielvorgaben der Strategie bemängelt. Darin strebt die EU an, dass mindestens 40 Prozent der jüngeren Generation einen Hochschulabschluss haben sollen. In Deutschland seien die Länder bei der Bildung verfassungsgemäß zuständig, sagte der Vorsitzende der Europaministerkonferenz (EMK), Wolfgang Reinhart (CDU), in Brüssel. «Wir haben auch Zweifel, dass die EU überhaupt nachvollziehbar sagen kann, wir wollen überall 40 Prozent Uni-Abschlüsse», sagte der Politiker aus Baden-Württemberg.

Beim EU-Gipfel setzen die Länder in den umstrittenen Bildungsfragen auf die Unterstützung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). «Sie müsste im Grunde genommen in unserem Sinne argumentieren am Ratstisch. Und ich gehe auch davon aus (...), dass man dieses Papier, das wir erarbeitet haben, sehr ernst nimmt», sagte Reinhart. Die Bundesregierung teilt nach seinen Angaben die Kritik an «Europa 2020». Nach den neuen Regeln

öffentliche Hand ein Drittel der Ausgaben bereit stelle, größtenteils erreicht worden. Aber die Unternehmen hätten ihren Part (zwei Drittel der Gelder) *nicht* erfüllt, daher gelte es zu konkretisieren, *wie* sie dazu gebracht werden könnten.

- Von der schwedischen Präsidentschaft, so GRETSCHMANN weiter, sei das Ziel der „*Eco-Efficient Economy*“ in die Vorschläge eingeflossen. Dazu gehörten der *New Green Deal*, die *Energiefrage* (ein schwieriges Feld, da hier nationale, innereuropäische und internationale Aspekte der Energieversorgungssicherheit ineinander fließen würden) und schließlich auch die *Elektromobilität*. Diese sei eine schöne Geschichte, doch brächte der grundlegende Umstieg auf Elektroautos massive Veränderungen für die Industriestrukturen, die Fertigungstiefen und die Arbeitsplätze mit sich; tausende Jobs würden verloren gehen. Diese Folgen müssten diskutiert und abgefedert werden.
 - Ein weiteres Schlagwort in den verschiedenen EUROPA 2020-Vorschlägen sei die *neue Industriepolitik*. Hier müssten Aspekte wie *Nachhaltigkeit*, *Kapazitätsreduktion* und *Restrukturierung* berücksichtigt werden.
 - Ein weiteres Thema würde *Impulse für den Binnenmarkt* sein.
 - Vor allem im Papier von Van Rompuy gehe es auch um die Beseitigung von *bottlenecks*, also Wachstumshemmnissen. Diese seien allerdings, so GRETSCHMANN, in den Staaten sehr unterschiedlich gelagert, nämlich beispielsweise bei nicht funktionierenden Märkten, in der Infrastruktur oder bei fehlgeleiteten Unternehmen.
 - Weiteres sei Thema die *Übereinstimmung zwischen Budget- und Politikprioritäten*. Wenn eine *Exitstrategie*, also der Abbau der Verschuldung, angestrebt werde, müsse überlegt werden, wie diese trotz höherer Sozialausgaben wegen der Krise umgesetzt werden könne. Was könne dann noch finanziert werden und mit welchen Steuern? Mit der Debatte über diese Fragen müsse eine Reform des EU-Budgets einhergehen.
-
- GRETSCHMANN'S **fünfte und letzte These** lautete: **Europa sucht weiter nach Weg und Richtung!** Auch für die EU gelte, wie Kafka sagte: „*Wege entstehen im Gehen!*“ Doch es gelte auch die ernüchternde Weisheit von Seneca: „*...doch der Wegweisende geht selbst nicht den Weg, den er zeigt!*“

Im Rahmen der **Diskussion mit dem Publikum** wurden folgende Themen wieder aufgenommen:

Zu den **möglichen enormen Jobverlusten durch den Umstieg auf Elektromobilität** wurde eine Stimme laut, die auf die Streichung von tausenden Arbeitsplätzen bei der Bahn und den Verkehrsbetrieben in den letzten Jahrzehnten hinwies.

Er habe nur auf die Probleme aufmerksam machen wollen, so GRETSCHMANN. Dazu gehörten auch Sicherheitsfragen, da der Elektromotor äußerst leise sei.

Zur **Immobilienblase in China** wurden Zweifel geäußert, ob deren Platzen wirklich ein Problem auch für Europa würde. GRETSCHMANN antwortete, dass die chinesische Immobilienblase selbst kein Problem wäre. Wenn aber China im Ernstfall seine riesigen

zur Beteiligung von Bundestag und Bundesrat an EU-Beschlüssen kann Merkel bei EU-Gipfeln keine Zusagen machen, wenn die Kompetenz der Bundesländer berührt ist und diese nicht zuvor zugestimmt haben...

Vgl. auch den Beschluss des (deutschen) Bundesrates („Europakammer“) vom 16.3.2010
http://www.bundesrat.de/cln_179/SharedDocs/Drucksachen/2010/0101-200/113-10_28B_29.templateld=raw.property=publicationFile.pdf/113-10%28B%29.pdf

Währungsreserven vor allem in Form von US-Anleihen auf den Markt würfe, bedeutete dies enorme Schwierigkeiten für die Weltwirtschaft. Daher versuche China nun selbst, die Liquidität zu reduzieren.

Herr Wagner wies auf die **Krisenherde am Balkan und Osteuropa** hin. Die EU müsse hier für Frieden und sozialen Zusammenhalt sorgen, denn „*ohne Frieden ist alles nichts!*“ Seinen Kommentar verknüpfte GRETSCHMANN mit der Frage eines weiteren Zuhörers, ob **Sicherheit und Verteidigung** auch **wirtschaftlich eine Rolle in der EU** spielten. Er nehme die zum Teil krisenhaften Zustände in Osteuropa sehr ernst. Die EU jedoch trenne in ungerechtfertigter Weise die Wirtschafts- und Sozialpolitik von der Außenpolitik. Sie verweise beispielsweise darauf, dass sie den Balkan stabilisiert, Polizisten geschickt und nicht zuletzt im Rahmen der Nachbarschaftspolitik wesentliche Wirtschaftshilfe geleistet habe. Dennoch, so GRETSCHMANN, fehle bei der Wirtschafts- und Sozialpolitik ein außenpolitisches Problemfeld. Allerdings seien auch die sozialpolitischen Probleme in den EU-Staaten auf europäischer Ebene kein Thema, wie die Proteste in Griechenland oder Großbritannien oder auch das *manager-napping* in Frankreich. Jean-Claude Juncker habe zwar auf den Zusammenhang zwischen sozialen Unruhen und dem Wiedererwachen des Rechtsradikalismus hingewiesen, doch sei dies nicht weiterverfolgt worden.

Das **Problem der Governance** und die **Heterogenität der EU** wurden von Hochleitner thematisiert. Er machte darauf aufmerksam, dass die Integration der Beitrittsländer von 2004 noch nicht abgeschlossen sei. Im Kontext der Uneinheitlichkeit beklagte Hochleitner auch die ausbleibende **Regulierung der Finanzmärkte** und stellte die Frage, ob die Regierungen gegenüber den „*Bankstern*“ machtlos seien. Die EU habe genügend Wirtschaftsmacht, hier Reformen zu erzwingen. Zudem dürfe es nicht sein, dass sich Spekulanten über öffentliche Gelder refinanzieren können. Die Bankensteuer sei allerdings keine Lösung, wesentlich mehr Sinn mache eine Finanztransaktionssteuer.

GRETSCHMANN stimmte der Diagnose der Heterogenität zu, gab aber auch zu bedenken, dass diese nicht einfach überwunden werden könne. Als Beispiel nannte er die Energiepolitik, wo alle Staaten mit ihren höchst unterschiedlichen Ausgangslagen dementsprechend unterschiedliche Interessen verfolgten. Was die Regulierung der Finanzmärkte betrifft, hätten Irland und Großbritannien immer wieder abgeblockt. Im Kreise der G-20 hätten sie sich dann zwar für strengere Regeln ausgesprochen, wissend, dass ohnehin die USA dagegen auftreten würden. Nun, da Obama umgeschwenkt sei, wehre wieder London ab. Dies erkläre den derzeitigen Stillstand. Bei diesem Spiel, das sich oft in der EU finden lasse, versuche sich jeder als *braver Bube* zu verhalten und sich gleichzeitig hinter der *blocking power* eines anderen zu verstecken.

Angesichts der Probleme, Ziele nicht nur zu benennen, sondern auch umzusetzen, wies Josef Hochgerner (Zentrum für Soziale Innovation) darauf hin, dass die **Miteinbeziehung der BürgerInnen** zwar aufwändig, aber sehr fruchtbar sei.

Friedrich Markart (FIPRA Unternehmensberatung) fragte nach, ob sich der **Präsident des Europäischen Rates, Van Rompuy, mehr Selbstdisziplin** auferlegen müsste.

GRETSCHMANN erklärte, dass Van Rompuy die Aufgabe habe, die Sitzungen des Europäischen Rates vorzubereiten und Ideen zu konzipieren. Dabei ist er auf enge Abstimmung mit der Kommission und den Mitgliedsstaaten angewiesen, die sich im Fortgang der Arbeit weiter einspielen muss.

RESÜMEE und AUSBLICK:

JOSEF WEIDENHOLZER (MEP, Univ. Prof.; Präsident der Volkshilfe und von SOLIDAR) zeigte sich zu Beginn seiner Ausführungen relativ pessimistisch: Die Krise werde noch länger dauern, und so manche der angesprochenen Gefahren dürften zutreffen. Er wisse keinen Weg aus dieser Krise, ja, man müsse den Mut haben einzugestehen, dass wir nicht wüssten, wie wir all die Probleme lösen können. Dennoch gebe es keine Antwort auf die Krise außer eine europäische. Die Zukunft könne nur auf dem europäischen Weg bewältigt werden. Und es werde entscheidend sein, Antworten zu finden, denn wir seien in der Situation von „Angst essen Seele auf“¹⁴, einer Situation, in der der Faschismus gedeihe, wie man beispielsweise in Ungarn sehen könne.

Gewisse Hoffnungen setzt WEIDENHOLZER in die „Methode der offenen Koordinierung“, ein Instrument, das eng mit dem Lissabon-Prozess verknüpft und auch im Zuge dessen zunächst gescheitert sei. Es gehe dabei um den Versuch, die Politikziele gemeinsam mit den BürgerInnen zu formulieren – nicht nur mit den Regierungen, sondern auch die Wirtschaft, die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft sollten mitarbeiten. Diese Methode sei der einzige Weg, den wir gehen könnten und müssten. Nun müsse hier wieder angesetzt werden, um neue Formen der Beteiligung der BürgerInnen und der Zivilgesellschaft zu finden. Dementsprechend habe auch SOLIDAR, ein europäischer Dachverband von 53 zivilgesellschaftlichen Organisationen, eingemahnt, den zivilen Dialog zu stärken. Die Politikformulierung müsse pluralistisch sein, und zugleich sei ein Bündel an verschiedenen Strategien und Methoden nötig.

Insofern wäre es nun wichtig, dass sich alle Interessierten in den EUROPA 2020-Strategie-Prozess einschalteten und einen Neustart erreichten, nicht um den Prozess zu verzögern, sondern um das Projekt populärer zu machen und um die BürgerInnen mitzunehmen. Daher ersuchte WEIDENHOLZER alle, sich nach Möglichkeit in den Prozess einzumischen. Denn, wie er abschließend bemerkte, nicht alles sei negativ. Es sei vielmehr positiv, dass der EUROPA 2020-Prozess nicht so hoch ansetze wie der Lissabon-Prozess.

KOPEINIG schloss die Veranstaltung mit einem Zitat von Jacques Delors: *„Es ist doch auch Aufgabe der europäischen Institutionen und der Politiker, Ergebnisse zu produzieren.“*

--- o ---

ANHANG:

- Die Kernpunkte des EUROPA 2020–Papiers der Europäischen Kommission in Kurzform.
- Nächste Schritte – Ein zeitlicher Überblick
- Die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung von 2000 bis 2010 im Überblick.

¹⁴ „Angst essen Seele auf“ ist der Titel eines Films von Rainer Werner Fassbinder aus dem Jahr 1974.

Europa 2020: Eine neue Offensive für Wachstum und Arbeitsplätze

Mit klarem Kurs aus der Krise ins nächste Jahrzehnt: Die Europäische Kommission hat am 3. März 2010 **Europa 2020** vorgestellt. (Siehe dazu http://ec.europa.eu/eu2020/index_de.htm) Sie ist als neue (post-Lissabon-)Wachstumsstrategie **eine Vision von einer europäischen sozialen Marktwirtschaft im nächsten Jahrzehnt**. Im Zentrum stehen drei Schlüsselemente für das Wachstum. Betont wird, dass die Verantwortung für deren Erfolg sowohl auf europäischer wie auf nationaler Ebene liege:

Die drei Schlüsselemente der *Europa 2020*-Strategie:

1. **intelligentes Wachstum:** Förderung von Wissen, Innovation und Bildung sowie der digitalen Gesellschaft,
2. **nachhaltiges Wachstum:** ressourceneffizientere Produktion bei gleichzeitiger Steigerung unserer Wettbewerbsfähigkeit,
3. **integratives Wachstum:** Erhöhung der Beschäftigungsquote, Qualifizierung und Bekämpfung der Armut.

Diese Offensive für Wachstum und Arbeitsplätze muss von der höchsten politischen Ebene getragen werden. **Fünf Ziele** geben vor, wo Europa 2020 stehen sollte. Kommissionspräsident José Manuel Barroso erklärte: „*Europa 2020* beschreibt, was wir heute und morgen tun müssen, um unsere Wirtschaft auf den richtigen Weg zu bringen. Europa hat ein Wachstumsdefizit, das unsere Zukunft gefährdet. Wir müssen entschlossen unsere Schwächen angehen und Nutzen aus unseren vielen Stärken ziehen. Wir müssen ein neues Wirtschaftsmodell aufbauen, das sich auf **Wissen**, eine **emissionsarme Wirtschaft** und ein **hohes Beschäftigungsniveau** stützt. Gewinnen können wir dabei nur, wenn sich alle in Europa einbringen.

Die fünf Ziele¹⁵ der *Europa 2020*-Strategie:

1. 75 Prozent der Menschen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren sollen in Arbeit stehen.
2. 3 Prozent des BIP der EU soll in Forschung und Entwicklung (FuE) investiert werden.
3. Die „20/20/20“-Klima- und Energieziele müssen verwirklicht werden.
4. Der Anteil der Schulabbrecher muss auf unter 10 Prozent zurückgehen, und 40 Prozent der jungen Menschen sollen eine Hochschulausbildung absolvieren.
5. 20 Millionen Menschen weniger als bisher sollen von Armut bedroht sein.¹⁶

¹⁵ In den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 25. März findet sich weder eine Zahl zur angestrebten Senkung der Schulabbrecherquote noch zur Verminderung der Armut.

Siehe dazu: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/113618.pdf

¹⁶ Einige Regierungschefs hatten beim EU-Gipfel am 25. März argumentiert, dass sich die EU im Sinne des Subsidiaritätsprinzips nicht (!) um die Armutsbekämpfung kümmern sollte.

Die Leitinitiativen zur Erreichung der fünf Ziele:

Um die fünf Ziele zu erreichen, schlägt die Kommission einer Reihe von **Leitinitiativen** vor. Ihre Umsetzung erfordert **Maßnahmen auf allen Ebenen**, von EU-weit tätigen Organisationen, Mitgliedstaaten, lokalen sowie regionalen Behörden. Die ehrgeizigen Ziele von *Europa 2020* bedeuten auch, dass Führungskraft und Verantwortung ein neues Niveau erreichen müssen. Die Kommission lädt die Staats- und Regierungschefs ein, diese neue Strategie auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates – 25./26. März 2010 – anzunehmen und sie sich tatsächlich zueigen zu machen. Auch das Europäische Parlament wird stärker einbezogen werden.

Um sicherzustellen, dass Zusagen in wirksame Maßnahmen vor Ort umgesetzt werden, gilt es, die Governance-Methoden (bzw. Steuerungs-Methoden) zu festigen. Die Kommission wird die Fortschritte überwachen. Die Berichterstattung und Bewertung im Rahmen von **Europa 2020** und im Rahmen des **Stabilitäts- und Wachstumspakts** erfolgen aus Kohärenzgründen gleichzeitig. Auch wenn sie ähnliche Reformziele verfolgen, bleiben die beiden Instrumente voneinander getrennt.

Das EP und Europa 2020

Die europäischen Abgeordneten haben am 10. März mit 462 zu 140 Stimmen eine Entschließung¹⁷ zur *Europa 2020 Strategie* angenommen, die sich laut ihnen auf die **Reduzierung der Arbeitslosigkeit**, einer **besseren Koordination der Wirtschaftspolitiken**, die **Vollendung des Binnenmarktes** und einer **verstärkten Wirtschafts-, Governance“** mit realistischen und quantifizierbaren Zielen und verpflichtenden Regeln konzentrieren sollte. Die Abgeordneten sind der Meinung, dass sich die gemeinschaftliche Finanzierung den Ergebnissen und der Kompatibilität mit den Zielen der Strategie orientieren muss. Um das Problem der Arbeitslosigkeit, insbesondere derjenigen bei **Jugendlichen**, anzugehen, muss die EU eine **ambitionierte Sozialagenda** umsetzen, einschließlich des **Kampfes gegen die Armut**, der **Reduzierung der vorzeitigen Schulabgänger** („drop-outs“), der **lebenslangen Ausbildung** und dem **Kampf gegen die Diskriminierung**.

Nächste Schritte:

25.-26. März 2010: Beim EU-Frühjahrgipfel soll(t)en das Gesamtkonzept Europa 2020 abgesegnet und die EU-Kernziele ausgewählt werden.

17.-18. Juni 2010: Beim EU-Gipfel sollen die wichtigsten Parameter von Europa 2020 (EU-Zielvorgaben; nationale Ziele, Leitinitiativen) festgelegt werden.

Herbst 2010: Die Mitgliedsstaaten sollen ihre Stabilitäts- und Konvergenzprogramme sowie ihre Nationalen Reformprogramme vorlegen.

Frühjahr 2011: Die EU-Kommission soll zum EU-Frühjahrgipfel ihren ersten Jahresbericht zu Europa 2020 vorlegen.

2012/2014: Es soll eine Zwischenbilanz zur Strategie Europa 2020 gezogen werden.

¹⁷ Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. März 2010 zur *Europa 2020 Strategie*: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0053+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung (von 2000 bis 2010)

Auf der Tagung des Europäischen Rates in Lissabon im März 2000 haben die Staats- und Regierungschefs die so genannte „Lissabon-Strategie“ auf den Weg gebracht. Erklärtes Ziel war, die Europäische Union (EU) zur wettbewerbsfähigsten Wirtschaft der Welt zu machen und bis 2010 Vollbeschäftigung zu erreichen. Die auf nachfolgenden Tagungen des Europäischen Rates weiter entwickelte Strategie ruht auf drei Pfeilern:

- **Wirtschaft:** Übergang zu einer wettbewerbsfähigen, dynamischen und wissensbasierten Wirtschaft. Schwerpunkte sind die Förderung von Forschung und Entwicklung und die laufende Anpassung an die Entwicklungen in der Informationsgesellschaft.
- **Soziales:** Modernisierung des europäischen Sozialmodells durch Investitionen in die Humanressourcen und Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung. Die Mitgliedstaaten sind aufgerufen, in Bildung und Ausbildung zu investieren und eine aktive Beschäftigungspolitik zu betreiben, um den Übergang zur Wissensgesellschaft zu erleichtern.
- **Umwelt:** Dieser Pfeiler wurde auf der Tagung des Europäischen Rates in Göteborg im Juni 2001 angefügt. Zentraler Aspekt ist die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Nutzung der natürlichen Ressourcen.

Zur Realisierung der im Jahr 2000 festgelegten Ziele wurden quantitative Vorgaben gemacht. Um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die betreffenden Politikbereiche nahezu vollständig in den ausschließlichen Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten fallen, wurde eine offene Koordinierungsmethode (OKM) geschaffen, in deren Rahmen nationale Aktionspläne zu erstellen sind. Über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik hinaus ist in der Lissabon-Strategie die Anpassung und Stärkung der bestehenden Koordinierungsprozesse vorgesehen: des Luxemburg-Prozesses für Beschäftigung, des Cardiff-Prozesses für den Binnenmarkt (Waren, Dienstleistungen und Kapital) und des Köln-Prozesses zur Förderung des makroökonomischen Dialogs.

Die unter Leitung von Wim Kok, dem ehemaligen niederländischen Ministerpräsidenten, im Jahr 2005 erstellte Halbzeitbilanz zeigte, dass die Orientierung an den der OKM zu Grunde liegenden Indikatoren dazu geführt hat, dass die Rangfolge der Ziele aus den Augen verloren wurde. Die Bewertung der bis dahin erzielten Ergebnisse fällt eher gemischt aus.

Aus diesem Grund hat der Rat ein neues partnerschaftliches Konzept gebilligt, das vor allem darauf abzielt, ein stärkeres und nachhaltigeres Wachstum zu erzielen und mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen. Zur Erleichterung der Umsetzung wurde der Koordinierungsprozess gestrafft. Die integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung werden künftig zusammen mit den Leitlinien für die makroökonomische und mikroökonomische Politik präsentiert, und zwar jeweils für einen Zeitraum von drei Jahren. Sie dienen als Basis sowohl für das Lissabon-Programm der Gemeinschaft als auch für die nationalen Reformprogramme. Diese Vereinfachung der Programmplanung und dabei vor allem die Tatsache, dass nur ein Sachstandsbericht zu Grunde gelegt wird, macht es möglich, die Umsetzung besser zu überwachen.

Vgl.: http://europa.eu/scadplus/glossary/lisbon_strategy_de.htm